

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 65.

Dienstag, den 17. März 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Bestechung des Freisinn.

Am Mittwoch tritt die Vereinsgesetzkommission des Reichstages wieder zusammen. Das Kompromiß ist fertig, so konnte am Sonnabend ein Vertreter der Deutschen Bank auf der Berliner Börse verkünden, die Freisinnigen nehmen den § 7 des Vereinsgesetzes an, dafür erklären sich die Konservativen bereit, die Beschlüsse, welche die Vereinsgesetzkommission in der ersten Lesung gefaßt hat, wieder rückgängig zu machen.

Daß Verhandlungen auf dieser Grundlage geführt wurden, ist unbedingt richtig. Widerstände ergaben sich bei der Mehrheit der Freisinnigen Vereinigung, der Sozialdemokratischen Partei und einem Teil der Freisinnigen Volkspartei. Trotzdem soll jetzt mit Gewalt versucht werden, das Geschäft zustande zu bringen. Die Börse will es!

Der Wunsch der Börse ist dem Freisinn Befehl. Das führt die linksfreisinnige „Berliner Morgenpost“ in einem Leitartikel aus, der wahrscheinlich von der übrigen bürgerlichen Presse mitgeschwiegen wird, obwohl er verdient, das größte Aufsehen zu erregen. Die „Morgenpost“ geht von dem bekannten finanziellen Verhältnis der nationalliberalen Partei zur Schwerindustrie aus, um dann zu erklären, daß beim Freisinn die Dinge auch nicht anders liegen:

„Die Freisinnigen bekommen ihre Unterstützung von den Banken, teils von der Börse und teils von gewissen Industrien, die sich durch das Wirtschaftssystem der Regierung bedroht fühlen und bei dem Freisinn einen berechtigten Schutz zu finden hoffen. . . . Diesen gegenüber befinden sich die Parteimitglieder in einer beschämenden Abhängigkeit. . . . Demgemäß richtet sich auch die Politik der Partei ganz nach den Wünschen dieser Geldgeber, deren Interessen man zunächst vertritt, weil sie berechtigt waren, die man aber dann allen anderen politischen Rücksichten voranstellen mußte, um die Geldgeber bei Laune zu erhalten. . . . In der Börse war gestern das Gerücht verbreitet, daß der Kuhhandel: Sprachenparagraf für die Börsen gesetz perfekt sei. Das Gerücht wird wohl stimmen!“

Vor einigen Jahren wurde von der freisinnig-volksparteilichen Zeitung die Kandidatur eines Fabrikanten forciert, dessen ganze Verdienste um die heilige Sache in reichlichen Alibitionen (Geldspenden) für das monatlich erscheinende Parteiblatt und in der Adaptionierung eines Parteivorstandsmitglieds für den Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft bestanden hätte. Der Coup glückte, denn der Geldgeber hatte die Macht. . . . Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist für die kommenden Landtagswahlen ein ähnlicher Kandidat, diesmal aus Grundstückspekulantentkreisen, im Anmarsch. Der Mann will sich die Sache etwas kosten lassen. Abgesehen hat die Munizipalität der Kapitalkräftigen auch ihre Grenzen. Als man vor einigen Jahren einen Großaufmann zur Spende von 50000 Mk. verlocken wollte, da erwiderte er höhnisch: für 50000 Mark könne er sich allein einen Abgeordneten halten.“

Es besteht für uns kein Grund, die Namen nicht zu kennen, die die „Morgenpost“ schonend verschweigt. Der Fabrikant, der sich in die Partei der wahren Volksmänner eingekauft hat, ist der jetzige freisinnige Landtagsabgeordnete Gerschel. Der Grundstückspekulant, der ein Berliner Landtagsmandat zu erstehen versucht, ist der Stadtverordnete Haberlandt. Und der freisinnige Parteiführer, der von Gerschel an die Krippe eines fetten Aufsichtsratspostens geschoben wurde, heißt Dr. Hermann Müller, und ist bekannt und dem Namen Müller-Sagan, der auch die freisinnige Provinzpresse inspiriert.

Dieser Müller-Sagan hat nun in der letzten Zeit eine wahrhaft fieberhafte Tätigkeit entfaltet, um den Freisinn dahin zu bringen, daß er die Versammlungsfreiheit von vier Millionen preussischer Staatsbürger, der Polen unsere, um das von den Konservativen Zugeständnisse auf dem Gebiete der Börsenreform einzutauschen. Mit Hilfe der Müllerschen Mannschaften soll nun am Mittwoch, den 18. März, der große Schritt gewagt werden. Eine block-freisinnige Märzfeier von 1908.

Im Jahre 1848 schrieb die liberale „Köln. Ztg.“, das Recht der Polen auf nationale Selbstbestimmung müsse unbedingt gewahrt bleiben. Sie forderte die Zurückziehung der preussischen Truppen aus den polnischen Landesteilen und die Selbstbewaffnung der Polen. Auf den Barrikaden wütheten die Polen heldenmütig ihr Blut mit dem Blute der Berliner Arbeiter und Bürger; den polnischen Helden und Märtyrern lag das ganze freisinnige Berlin holdtugend zu Füßen.

Das waren Zeiten des poetischen Überschwanges; wir aber leben in der Ära der liberalen Blockprosa, der

Politik der Börsensancen. Wenn der Börsensinn den polnischen Proletariern den letzten Rest ihres politischen Rechts raubt, dann wird der Börse vielleicht — wenn die Junker wollen, was aber sehr unwahrscheinlich ist — der Terminkontrahent gestattet werden. Das Geschäft ist unsicher — aber was riskieren die Geldgeber des Freisinn, wenn den Polen die Zunge aus dem Halse gerissen wird?

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

fehle am Montag die Durchpeltung des Etats fort. Trotz der großen Hitze, die die Mehrheitsparteien markieren, wurde eine Unmasse Zeit auf agrarische Wünsche verschwendet. Nicht weniger als vier Stunden unterhielt man sich über die angeblich zu Tage Handhabung der Bestimmungen über die Behandlung der Bran- und Futtermittel bei der Verzollung. Unsere Genossen haben bekanntlich schon bei der Zolltarifberatung auf die Unmöglichkeit einer genauen Unterscheidung hingewiesen. Genosse Südekum konnte sich in seiner Rede auf diese Voraussage beziehen und nannte ebenfalls wie der Freisinnige Carstens als den wahren Zweck der Resolution eine Erhöhung des Steuerpreises, d. h. eine Schädigung der Konsumenten zugunsten einer kleinen agrarischen Interessentenpartei. Schlimmlich wurde die am wenigsten weitgehende der zu dieser Frage eingebrachten Resolutionen angenommen. — Beim Etat des Reichsschatzamt brachte Genosse Südekum einen geradezu empörenden Fall zur Sprache, der bewies, wie entgegen den klaren Gesetzesbestimmungen bei der Gewährung von Veteranenbeihilfen politische Gesichtspunkte den Ausschlag geben. Am Abend hat die parlamentarische Schnellarbeitsmaschine weiter funktioniert.

Der Kuhhandel ist fertig.

Im sächsischen Landtage ist ein Kompromiß wegen des Wahlrechts zustande gekommen. Wie bestimmt verlautet, haben 27 Konservative und 30 Nationalliberale ein Kompromiß in der Wahlrechtsfrage vereinbart. Man einigte sich auf ein reines Muralwahlrecht ohne Gemeindevertreter. Es sollen drei Zusatzstimmen gewährt werden, und zwar auf Alter, Selbständigkeit, Ansässigkeit, Bildung und Einkommen. Auf ein Einkommen von 1900 Mk. an soll eine Zusatzstimme erteilt werden. Für dieses Kompromiß ist die Zweidrittelmehrheit gesichert. Diesem Kompromiß ist eine stürmische Sitzung der konservativen Fraktion vorangegangen, in der Mehrert eine Niederlage erlitt. Aber die Wahlkreiseinteilung ist noch keine Einigung erzielt. Hohenthals Abgang ist sicher. Als sein Nachfolger gilt Graf Blythum v. Eckstädt. — Ein samenes Wahlrecht!

Ein Widerruf.

Die „Weserzeitung“ widerruft ihre aufsehenerregende Meldung von einem konservativ-nationalliberalen Kartell gegen den Freisinn in aller Form mit dem Ausdruck des Bedauerns. Dieser Vorgang ist sehr auffällig.

Die ersten Landtagskandidaten für Preußen.

Der Frankfurter „Volksstimme“ zufolge sollen die Liberalen in Frankfurt am Main beabsichtigen, anstelle des erkrankten Abgeordneten Defer Herrn Dr. Theodor Barth als Landtagskandidaten für den Kreis Frankfurt-Stadt aufzustellen. Nach dem „B. L.“ schweben allerdings Verhandlungen über eine solche Kandidatur, irgend eine definitive Abmachung liegt aber noch nicht vor. In Breslau scheint die Absicht zu bestehen, den ehemaligen nationalsozialen Pfarrer Friedrich Raumann aufzustellen. — Im Wahlkreis Rixdorf-Schöneberg wird von den Sozialdemokraten der Reichstagsabgeordnete Ledebour den Wählern präsentiert werden. Dieser Wahlkreis ist einer derjenigen, welcher der Sozialdemokratie die besten Chancen bietet. Die Proklamation des Kandidaten von parteigebissiger Seite ist übrigens noch nicht erfolgt.

Der deutschen Fleischnot abzuhelfen,

scheint der dänische Landwirtschaftsminister zu beabsichtigen. Er hat zur weiteren Ausgestaltung der in den letzten Jahren wiederholt erweiterten und verschärften Gesetzgebung über die Fleischbeschau in Dänemark, die den Zweck verfolgt, die Ausfuhr von Fleisch oder Fleischabfällen, die zur menschlichen Nahrung ungeeignet sind, zu hindern, im Folkething einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Kontrolle auf alles Fleisch und alle Fleischwaren ausdehnt, so daß nicht nur frisches und leichtgefälschtes, sondern auch starkgefälschtes Fleisch den gesetzlichen Bestimmungen unter-

worfen wird. Der Entwurf bestimmt ferner, daß alles von der Kontrolle zur Ausfuhr geeignet befundene Fleisch mit einer Schutzmarke versehen wird und daß die Strafen für Übertretung der Fleischbeschauvorschriften verdoppelt werden. — Dänemark tritt, wenn es glaubt, daß die agrarische deutsche Reichsregierung nicht trotzdem durch die strengsten Bestimmungen auch in Zukunft die dänische Fleischzufuhr erschweren wird.

Zollpolitik und Arzic.

Die Hannoverer Handelskammer faßt längere Ausführungen über die Verschlechterungen der internationalen Handelsbeziehungen und die ungünstige Lage einiger Industriezweige zu folgenden Ergebnissen zusammen:

Diese Beispiele ließen sich noch vermehren, und sie werden sich im Laufe der nächsten Zeit gewiß bedenklich häufen. Denn die neuen Handelsverträge konnten ja ihre volle Wirkung noch gar nicht üben, so lange alle Welt unter dem Zeichen der Hochkonjunktur stand und ein nie bisher erlebter Bedarf auf allen Gebieten reichliche Absatzmöglichkeiten schuf. Seit aber Rückschlag, Geldknappung und Geschäftsstockung sich international ausbreiten, ist die Zeit gekommen, in welcher die Neuordnung der Zollverhältnisse die eigentliche Prüfung auf ihre Brauchbarkeit zu bestehen haben wird. Wir fürchten, daß bei mancher Faden zerreißt wird, der, in jahrelanger Arbeit fortgesponnen, den internationalen Güterausgleich vermitteln half, und daß die Überwindung der Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt Deutschlands Handel und Industrie mindestens ebenso schwere Kämpfe und Opfer kosten wird, wie die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse im Inlande.

Das ist genau dasjenige, was die Sozialdemokratie immer und immer wieder betonte, wenn man die günstige Konjunktur in der letzten Zeit, als die Handelsverträge schon in Kraft getreten waren, gegen sie auszuspielen versuchte.

Am den Blockliberalen das Rückgrat zu steifen.

Die Landeskonferenz der bayerischen Nationalsozialen nahm auch zum Reichsvereinigungsgesetzentwurf Stellung. Sie faßte auf Vorschlag des Grafen Voßmer-München folgende Resolution:

„Die Landeskonferenz sieht in dem Versuche, bei den Verhandlungen zum Reichsvereinsgesetzentwurf den Sprachenparagrafen zum Gegenstand von Kompromißverhandlungen zu machen, eine ernste Gefahr für die Zukunft des Liberalismus. Sie hält es für unvereinbar mit den Zielpunkten freierwilliger Politik, daß die Vertrauensmänner der liberalen Wähler im Reichstag das Sprachverbot in irgend einer Form konzedieren. Sie erwartet von den linksliberalen Fraktionsgenossen, daß sie das Sprachverbot in jeder Form ablehnen. Der Plan, die Frage der Versammlungssprache der Landesgesetzgebung zu überlassen, bedeutet eine Enttugung auf die legislative Befugnis des Reichstages und eine Stärkung des preussisch-konservativen Junkertums.“

In ähnlicher Weise ist schon mehrfach von anderen Parteiorganisationen, die sich zur liberalen Blockhälfte rechnen, resoliert worden. Aber ob die Ungläubigen dem Verlangen der „gewöhnlichen Parteimitglieder“ Rechnung tragen werden, erscheint uns immerhin noch problematisch. Im Freisinn sichten drei Kräfte um Vereinsgesetz. Träger und der alte liberale Freisinn, auch die Sozialdemokraten, lehnen den Entwurf in seiner jetzigen Form ab. Fischbeck, Kopsch und Wiemer nehmen alles aus des Kanzlers Hand mit Dank als liberales Geschenk entgegen, auch den § 7 des Vereinsgesetzes. Eichhoff, Müller-Meinigen und eine starke Gruppe indessen rufen des Kanzlers politisches Zaubermittel: „Vertagen!“ Sie möchten in die preussische Wahltagitation treten nicht beschwert durch § 7 und nicht geplagt von Vorwürfen derer, die ein freierwilliges Vereinsgesetz nach dem Vorbilde Hessens oder Württembergs gewünscht. Es ist wohl denkbar, daß jetzt auch in diesem Streit der Rechten und der Linken und der Regierung Bülow wieder die rettende Formel findet: „Vertagen, einfach vertagen!“

Die „Freisinnige Zeitung“ und das Wahlrecht.

Die „Freis. Ztg.“ beschäftigte sich in einem Artikel mit den „hanseatischen Stadtstaaten als Gliedern des Deutschen Reiches“. Dabei behandelt sie auch die von den Republiken Lübeck und Hamburg vorgenommenen Wahlrechtsverschlechterungen und leitet sich zu deren Entschuldigend folgende tiefe, staatsphilosophische Weisheit, die auch den Einfältigsten darüber belehren dürfte, wie hoch in der Praxis die Wiemer, Müller, Ruggen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einschätzen:

„Der Gedanke, daß die Sozialdemokratie niemals die Mehrheit in der Bürgererschaft erlangen dürfe, beruht auf der Erwägung, daß diese Bürgererschaften zugleich Kom-

Minister und Staatsparlament sind. Eine Mehrheit von Genossen im Rathhaus zu Berlin würde ein Unglück für die Reichshauptstadt sein. In Hamburg würde sie zugleich bedeuten, daß der Staat ihr ausgiebigste wäre. Auf die Dauer ist die Macht einer Volksvertretung, wenn sie konsequent verfährt, unüberwindlich. Sie hat schon wegen des Steuer- und Ausgabenbewilligungsrechtes die Macht vollständig in der Hand. Die Genossen würden einen schönen Gebrauch davon machen, der für andere einen erbauenden Einblick bieten müßte. Von dem Zusammenwirken einer sozialdemokratisch geleiteten hanseatischen Stadtrepublik mit den anderen Staaten im Bundesrat kann man sich einstweilen noch gar keinen Begriff machen."

Rußland.

Russische Gefängnisse. Aus allen Enden Rußlands kommen Nachrichten, daß alle Gefängnisse überfüllt sind, und die Lage der politischen Gefangenen unerträglich ist. Sogar nach offiziellen Quellen wurden im November 1907 47 000 Gefangene oder anderthalbmal mehr als die höchste zulässige Zahl in den Gefängnissen gezählt. In Wirklichkeit ist die Lage der Gefangenen noch weit schlimmer. So befinden sich im Gefängnis in Tschigirin, das nur 66 Personen aufnehmen kann, 214 Gefangene, und täglich kommen neue hinzu. In Simferopol befinden sich anstelle von 250 Gefangenen 500, in Tschernigow anstelle von 100 450. Noch unlängst erhielt der sozialdemokratische Duma-Abgeordnete Tschichibse ein Telegramm aus Kutais, in dem berichtet wurde, daß 700 Gefangene im Gouvernementsgefängnis den Hungerstreik begonnen hätten, weil die unerträglichen sanitären Bedingungen zu Massenerkrankungen und Todesfällen geführt hätten. In Smela sind die Gefangenen gezwungen, auf dem Fußboden zu übernachten. In Tschernigow müssen sie monatelang in feuchten Kellerräumen verweilen. In Ekaterinowloslaw ist im Gefängnis eine Typhus-Epidemie ausgebrochen. In Polozk sind von 160 Gefangenen 125 am Typhus erkrankt. Zu diesen furchtbaren sanitären Bedingungen kommt in letzter Zeit eine Verschärfung des Gefängnisregimes hinzu, wie sie sogar in Rußland niemals dagewesen ist. Der Chef der Hauptgefängnisverwaltung, Kurlow, bekannt durch seine Pogromtätigkeit in Minsk, bietet alles mögliche auf, die Lage der politischen Gefangenen zu verschlimmern. Die politischen Untersuchungsgefangenen werden mit verurteilten Verbrechern auf die gleiche Stufe gestellt und die unteren Chargen der Gefängnisverwaltung geradezu angefaßt, sie auf das roheste und gemeinste zu behandeln. Es kommt infolgedessen in den Gefängnissen fast täglich zu blutigen Zusammenstößen, Hungerstreiks, Selbstmorden, Exekutionen usw. Von aller Welt abgeschlossen, führen die Opfer des Zarismus einen hartnäckigen Kampf um ihr Leben und ihre Ehre, und nur selten bringt ihr Protest aus den Mauern der russischen Bastillen an die Öffentlichkeit. Besonders sorglos hütet die Regierung die Geheimnisse der Schlüsselburger Festung, in der die zur Zwangsarbeit verurteilten politischen „Verbrecher“ interniert sind. Da die Verbindung mit der Außenwelt dort fast unmöglich ist, bringen nur äußerst selten Nachrichten über die Lage der Gefangenen an die Öffentlichkeit. Nachstehender Brief aus Schlüsselburg kennzeichnet die Zustände, die dort herrschen. „Mitte Dezember“ beginnt der Brief, „unternahm zwei Gefangene, Speransky und Simanowshy, einen Fluchtversuch, der leider mißglückte. Seitdem herrschte hier unter den Gefangenen eine starke Gärung. Es war unmöglich, die Zustände länger zu ertragen, und am russischen Neujahrstage brachen Unruhen aus. Am folgenden Tage rückte Militär ein. Alle Zellen wurden durchsucht und sechs Gefangene in den Karzer geschleppt. Die übrigen Gefangenen protestierten dagegen, wofür sie fast ausnahmslos mit einem Monat Karzerhaft belohnt wurden. Es wurde ihnen alles (sogar Seife und Handtücher) fortgenommen und nur jeden vierten Tag eine widerliche Suppe und heißes Wasser verabreicht. Die übrigen Tage mußten sie sich mit Brot und Wasser begnügen. Am 22. Januar fand in der Festung das Kriegsgericht gegen die beiden des Fluchtversuchs angeklagten Gefangenen statt. Sie waren auf Grund eines Artikels angeklagt, der sie mit Todesstrafe bedrohte. Die Mitglieder des Kriegsgerichts besichtigten vor Fällung des Urteils die inneren Festungsräume und überzeugten sich von der furchtbaren Lage der Anwesen. Selbst der Prokurator des Kriegsgerichtes konstatierte, daß die Lage der Gefangenen bei weitem schlimmer sei, als je zuvor. Das Urteil fiel infolgedessen milder aus, als man erwartete: den Angeklagten wurde die Zuchthausstrafe „nur“ um neun Jahre vermehrt...“

Marokko.

Seit einem Sieg über 2000 Marokkaner meldet der General d'Amade. Es gab unter den Marokkanern, die zum Angriff vorgegangen waren, viele tote.

Amerika.

Eine neue Verschwörung ist in der Republik Haiti entdeckt worden. Zur „Beruhigung“ hat man 9 Führer der Verschwörung hingerichtet. — Der deutsche Gesandte hat dringend um schnelle Entsendung eines Kriegsschiffes.

Reichsverband und Sozialdemokratie.

(Schluß.)

Genosse Stücken führte in seinem Referat, das er am Sonntag in der großen Volksversammlung im „Vereinshaus“ hielt, des weiteren aus: Der Alkohol ist nicht, wie vom Reichsverband behauptet wird, unser Bundesgenosse, sondern ein staats-erhaltendes Element. Ein Element aus der Gegen- der Arbeit und Genossen in Ostpreußen, wo der geachtete Arbeiter nichts weiter zu tun weiß, als sich am Sonntag einen Ruck voll Schnaps zu holen und sich einen Rausch zu trinken. Am Montag trägt der Schnaps in der schwärzesten Gegend Ostpreußens dann dazu bei, daß die Landarbeiter für die Gräber von Gott und Vaterland stimmen. Gerade wenn die ostpreussischen Arbeiter sich erst vom Fusel freigemacht haben, wird dort die Herrschaft der Junker zu Ende sein. Wir sagen, der Mann, der die ganze Woche gearbeitet hat, der dann am Sonntag im Freundes- und Genossenkreise ein paar Glas Bier trinkt. Der Reichsverband gönnt dies

aber dem Arbeiter nicht. Wer sein ganzes Geld verlaßt, der wird nie Sozialdemokrat, der gehört zu den Parteien, die ihre Stimmen überall zusammenholen. Der Arbeiter trinkt Bier für sein Geld, das er verdient hat; andere trinken Champagner von dem Gelde, welches ihnen der Arbeiter erarbeitet. Wenn man dem Arbeiter Enthaltenspredigt predigt, dann muß man diese erst selbst üben. Freunde des Alkohols sind die ostpreussischen Junker, die ihn brennen.

Ferner sagt der Reichsverband, wir seien eine Partei, die auf den Interessen der Arbeiter herumtrampelt. Gewiß, wir haben gegen manches Gesetz gestimmt, aber wir haben schon 1877 einen Arbeiterschutz-Gesetzesentwurf eingebracht, der unerledigt blieb. 1888 wurden unsere Anträge abgelehnt. Die folgenden Jahre brachten wir stets wieder Anträge ein, die von denselben Parteien abgelehnt wurden, die heute gegen die sozialdemokratische Politik predigen, übrigens haben auch die Freisinnigen, sowie einige Nationalliberale, Zentrumskräfte und Konervative gegen die Arbeiterschutzgesetze gestimmt, aber aus ganz anderen Gründen wie wir; uns gingen diese Gesetze nicht weit genug. Wir haben doch im Reichstag nicht die Mehrheit. Derselben Parteien, die den Antrag ablehnen, weil er von der Sozialdemokratie kommt, diese Parteien sagen, wir leisten im Reichstag keine positive Arbeit. Wenn die Junker unter sich wären, wie im Landtag, dann hätten wir überhaupt keinen Arbeiterschutz. Die bürgerlichen Parteien bringen die früheren sozialdemokratischen Anträge in verschlechterter Form wieder und sagen, es seien liberale Anträge. In dem Verbandstage des Zentralverbandes der Industriellen hat auch der Reichsverbandsgeneral Liebert teilgenommen, er mußte doch zeigen, daß er seine Schuligkeit getan hatte.

Der Reichsverband handelt nach dem Grundsatz: Teile und herrsche. Er ist der Gründer des Bundes vaterländischer Arbeiter, einer gelben Streikbrecherorganisation; er leugnet zwar die Gründung, ab, doch ist in seiner Korrespondenz ein entsprechender Aufruf erschienen. Es waren die Reichsverbänder, die sagten: wer zur Gründung nach Hamburg geht, bekommt nicht nur freie Verpflegung und Wohnung, sondern auch freie Fahrt. So kam es, daß aus einem kleinen schlesischen Städtchen gleich 4 „Vertreter“ kamen. Nach dem Frühstück gab es eine Rundfahrt, dann Mittagessen, ein Generalversand begrüßte die Leute, die ein angenehmes Leben hatten. Dann trat der Bund der reichstreuen Arbeiter ins Leben, der den kämpfenden Arbeitern in den Rücken fallen soll. Ihr Organ nennt sich „Deutsche Treue“; so wird die Bezeichnung „Trene“ mißbraucht. In dieser „Zeitschrift“ stand ein Artikel, der von einem armen Mann erzählt, dem seine Nachbarn 11 1/2 Pfd. Schweinebraten brachten; die angebotene Geldsumme lehnte er ab mit den Worten: Hier ist die Bibel, dort die Gitarre, die Familie singt dann dazu: Stille Nacht, heilige Nacht; Sonntags gehen wir spazieren und sind zufriedene Leute. Geld will ich nicht, aber euren Schweinebraten nehme ich, damit ihr nicht vergebens gekommen seid. Und ein Blatt, das solchen Kohl bringt, soll Arbeiter aufklären; das erzählt man vielleicht Jährlingen Kindern, aber keinen Arbeitern. Das Blatt schrieb auch, die christlichen Organisationen sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Man will eben überhaupt keine Arbeiterorganisationen haben. Nachdem die Parteien scharfe Stellung genommen haben gegen den Bund, sagt der Reichsverband, der geht uns gar nichts an; das sagten dieselben Leute, die den Bund gegründet hatten.

Höhere pensionierte Offiziere sind gewöhnlich die Wortführer des Reichsverbandes, Leute, die in einem Alter stehen, wo die Arbeiter noch tüchtig schuften müssen und die von dem Ergebnis der indirekten Steuern, die den Arbeiter am härtesten treffen, leben. Diese Menschen treten auf und kämpfen gegen die Arbeiter. Es scheint dazu von gewisser Seite eine Aufforderung an die inaktiven Offiziere für den Reichsverband zu agitieren, ergangen zu sein. Wenn diese Leute nichts anderes zu tun haben, wird es Zeit, einen Antrag im Reichstag einzubringen, der für entsprechende Beschäftigung der Leute, die auch von Arbeitergeiz leben, sorgt. Das sind die allerlehten, die ein Recht haben, dem Arbeiter etwas vorzuerwerfen. Offiziere werden pensioniert, wenn ihre Nase dem Vorgesetzten nicht mehr paßt; wir verlangen nicht, daß diese Offiziere etwas von der Sozialdemokratie verstehen, aber was wir verlangen können ist, daß sie nicht so ruppig auftreten.

Der Reichsverband ist, wie gesagt, auf der Seite der Scharfmacher, die die Arbeiter bei jeder Gelegenheit aussperren. Im Reichsverbandshandbuch steht denn auch, die Arbeitswilligen seien sehr nützliche Elemente; von den Sozialdemokraten werde versucht, sie als soziale Schanden zu bezeichnen. Wen wir als Kollegen ansehen, ist unsere Sache. Es gibt kein größeres Verbrechen in der Arbeiterbewegung, als den Streikbruch. Wenn der Soldat vor dem Feinde fahnenflüchtig wird, wird er mit dem Tode bestraft für diese Handlung, aber der Arbeiter, der uns in den Rücken fällt, das ist ein „Ehrenmann“, für uns ist er ein Verräter. Die sozialdemokratischen Terrorismsgeschichten der bürgerlichen Presse sind wir gewohnt; der weitaus größte Teil ist unwahr. Wir aber können mit vielen Fällen dienen, wo Gegner sich Terrorismus gegen uns zuschulden kommen ließen. Wer soll denn z. B. glauben, daß freigeordnete Gewerkschaftler in Chemnitz einen Werkmeister mit zentner schweren Eisenhaken beworfen haben? Der Mann ist, wie vor Gericht festgestellt wurde, durch einen Stoß eines aufgeregten Arbeiters wohl gegen einen Eisenblock geflogen, und daraus wird nun vom Reichsverband die kindische Lüge gemacht, es seien dem Werkmeister Eisenblöcke an den Kopf geflogen, die kaum ein starker Mann heben kann. (Der Redner zitiert noch einige vom Reichsverband erlogene und verbreitete Fälle.) Das Wort vom Brotwucher sei ein sozialdemokratisches Schlagwort, behauptet der Reichsverband. Ich frage Sie, sind denn die hohen Lebensmittelpreise eine Gründung von uns? Und trotz der teuren Preise und der traurigen Lage der Arbeiter sollen die indirekten Steuern beibehalten und erhöht werden.

Das schwerste Verbrechen, das uns zugeschrieben wird, ist, daß wir eine revolutionäre Partei sind. Wir haben niemals bestritten, daß die sozialdemokratische Bewegung revolutionär ist; aber keine Revolution im Feingebellismus, sondern eine Revolution der Geister. Das Blutvergießen haben wir stets den Bürgerlichen überlassen. Die Revolution von 48 war eine bürgerliche, aber das Bürgertum schämt sich jetzt der Kämpfer von damals. Wir haben noch keine Könige umgebracht; in Serbien wurde der König von Christlich-Gläubigen gemordet, in Portugal waren es ebenfalls Leute vom bürgerlichen Lager. Unsere Hände sind rein. Aber bei den Bürgerlichen hat es an Königsmördern nie gefehlt. Der Reichsverband schiebt uns auch das Attentat auf Wilhelm I. zu. Hödel war in Berlin Mitglied der christlich-sozialen Partei und seine Mitgliedskarte wurde bei seiner Verhaftung in der Tasche gefunden. Nobeling war ein Nationalliberaler, er hatte noch einige Wochen vorher in einem nationalliberalen Verein einen Vortrag gehalten, und daß sich Nationalliberale von einem Sozialdemokraten Vorträge halten lassen, glaubt

doch wohl niemand. Wir sollen aber alles verschuldet haben.

Dr. Bovenschen hat hier im „Colosseum“ behauptet, daß der Reichsverband nicht persönlich kämpfe. Im Bundestag steht allerdings, der Kampf soll nicht persönlich sein, jedoch müsse Sozialdemokraten gegenüber eine Ausnahme gemacht werden. Der Stadthagenkampf war doch auch ein rein persönlicher.

Bebel hat man immer seine „Willa“ vorgeworfen, dabei ist es den Reichsverbändlern passiert, daß sie statt Bebel's Haus das Bild eines Nachbarhauses verbreitet hatten. Und wenn Bebel auch ein Haus hat, so geht dies den Reichsverband nicht einen Pfifferling an; wir machen auch niemand einen Vorwurf daraus, wenn er ein Haus hat. Dann ist es eine „Hauswaffe“ für den Reichsverband, wenn hin und wieder ein kleiner Gewerkschaftsbeamter einmal ein paar Mark unterschlägt. Überall gibt es Leute, die den Weg gegen Treu und Glauben verfehlen. Aber dafür ist doch die sozialdemokratische Partei nicht verantwortlich zu machen. Wir verurteilen das: doch ist mir ein armer Teufel, der in der Not ein paar Mark unterschlägt, noch lieber als die durchgebrannten Bankdirektoren, die mit Hunderttausenden von Mark unterschlagener Depotselder eine Unmenge Leute schädigen. (Redner zählt eine große Anzahl Staatsstiche auf, die schwerste Verurteilungen begangen haben.) Ein solches Exemplar, das das schöne Lied „Wilhelm hurra, Cécilia“ gebichtet hat, ist nun wegen 63 Unterschlagungen 2 1/2 Jahre im Gefängnis ab. Es fällt uns auch nicht ein, etwa den Reichsverband dafür verantwortlich zu machen, daß in Siebenlehn die bürgerliche Feuerwehr mit ihrem Hauptmann an der Spitze die zahlreichen Brandstiftungen begangen hat.

Der Reichsverband erklärt, die Partei verfüge über die Mittel der Gewerkschaften. Daß dies einer Schwundel ist, weiß jeder von Ihnen. Trotzdem der Reichsverband das weiß, verbreitet er diese Lüge.

Die Sozialdemokraten sind gegen Heer und Flotte heißer es weiter; sie wollen Deutschland wehrlos machen. Wenn die bürgerlichen Kreise sich so sehr dafür erwärmen, und dafür das letzte Geld anderer hingeben, so nur darum, um ihren Söhnen ein gutes Unterkommen zu verschaffen. Dann sollen sie aber auch die Kosten dafür aufbringen. England zahlt höhere Steuern als Deutschland. Das ist richtig; nur fängt in England das Steuerzahlen erst bei 3000 Mk. an. Die schöne Kopfberechnung ist ebenso absurd, als wenn man behaupten wollte, in Deutschland kommen auf den Kopf der Bevölkerung so und so viel Flaschen Champagner, während ihn doch nur die Auserwählten die Kehle hinunterlassen. In England ist der Lohn höher, das Fleisch billiger, und ich meine, wenn der Engländer ausländisches Fleisch vertragen kann, dann schadet's auch dem deutschen Arbeitermagen nicht. Für eine Politik, die dem deutschen Arbeiter alles vorenthält, bedanken wir uns.

Gegen die Versicherungsgesetze haben wir — wie bereits gesagt — gestimmt, weil sie uns zu wenig boten, die bürgerlichen Parteien, weil sie keine solchen Gesetze haben wollten. Gegen das Krankenkassengesetz stimmte am 31. Mai 1888 auch die Fortschrittspartei, und trotzdem behaupten dieselben Leute bei den Wahlen: Seht, die Sozialdemokraten sind gegen Arbeiterversicherungsgesetze. Dasselbe geschah 1884 mit dem Unfallversicherungsgesetz, gegen das ebenfalls die Fortschrittspartei mit Nichter an der Spitze stimmte. Von einer solchen Wirtschaft in den „sozialdemokratischen“ Krankenkassen kann keine Rede sein. Wenn in einer gut bürgerlichen Krankenkasse etwas passiert, wird's den Sozialdemokraten in die Schuhe geschoben.

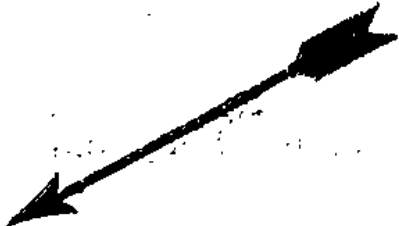
Die Reichsverbandsorganisation steht unter dem Patronat der Scharfmacher und des Blockreichstagskörpers. Sie steht dem Arbeiter unter allen Umständen feindlich gegenüber. Wenn die Liberalen im Reichsverband mitkämpfen, so zeigt das, daß jede Spur von Liberalismus bei ihnen verschwunden ist; und wenn die Freisinnigen sich über den Reichsverband freuen, dann haben sie aufgehört freisinnig zu sein. Man muß die Tätigkeit des Reichsverbandes zwar nicht unterschätzen, aber auch nicht so überaus tragisch nehmen. Wir vertrauen auf die eigene Kraft. Die Reichsverbandsversammlungen darf kein Arbeiter füllen helfen. Wir haben uns weder vor den Freisinnigen und anderen Parteien gefürchtet als wir noch klein waren, und fürchten uns jetzt erit recht nicht. Wir treten für unsere Sache ein. Wir werden fertig mit dem Reichsverband, der Reaktion und den Scharfmachern. Wir sind keine Feinde des Deutschen Reiches. Volkmar sagte einst, wenn die Fürsten das Reich auflösen, wir werden es wieder gründen. Deutschland ist gegenwärtig nur das Vaterland der heillosen Klassen. Wir werden aber bestrebt sein, daraus ein Haus zu machen, in dem sich alle wohl fühlen, aus dem die Ungerechtigkeit verschwindet. Wir Sozialdemokraten fühlen uns nicht geschlagen, nicht niedergedrückt; im Gegenteil. Wir werden sorgen dafür, daß die Aufklärung über das innere Wesen des Reichsverbandes in immer weiterer Volkstreuung bringt. (Langanh. Beifall.)

Trotz der Aufforderung des Vorsitzenden meldete sich vor den Begnern niemand zum Worte. Darauf richtete Reichstagsabgeordneter Schwarz noch einige Worte an die Versammlung. Unser Genosse betonte, daß der Reichsverband hier in Lübeck schon seit zwei Jahren arbeite. Wir hätten in Lübeck außer der Sozialdemokratie keine wirklich politische Partei mehr, die kleinen Sekten hätten keine Bedeutung. Wer die Lokalpresse verfolgt habe, der werde gefundnen haben, daß seit 1903 verschiedentlich verdeckte Angriffe auf seine Person gemacht worden seien. Er habe sich nicht davon bekümmert. Seit der Reichsverband aber offiziell aus der Laufe gehoben ist, werde er von der Presse Lübeck's in schäblicher Weise angegriffen. Es werde verdeckt behauptet, er habe im Reichstage noch nicht geredet. Die bürgerlichen Redakteure müßten anscheinend nicht einmal, wie der Reichstag beschaffen sei. Wenn von den 397 Abgeordneten jeder reden wollte, würde der Reichstag ja nie fertig werden. Eine Hauptarbeit liege in den Kommissionen. Er traue den bürgerlichen Redakteuren diese Dummheit nicht zu; sie täuschen eben bewußt ihre Leser. Nun habe man wieder versucht, seine neuliche Reichstagsrede lächerlich zu machen. Die „Hamburger Nachrichten“ hätten behauptet, er habe keine Rede abgesehen, und die „Lübeckischen Anzeigen“, die von seinen Ausführungen so gut wie nichts gebracht haben, drucken diesen Unsinns mit einer häßlichen Fußnote nach. Er brauche seine Reden nicht abzulesen, mit z. B. ein nationalliberales Bürgerschaftsmittglied vor einigen Wochen. Was er tue und mache, das zu beurteilen sei Sache seiner Wähler, der Arbeiter. Die Lübecker Staats-erhaltenden Leute brauchten ihm ja nur einen leisen Wink zu geben, daß er mehr über Lübeck reden solle, dann könne er ja einmal im Reichstag die S-Kassen-Angelegenheit und die Vorbesetzung ansprechen. Auch die Mannsche Broschüre, die der Petitionskommission vorliege, biete reichlich Gelegenheit über Lübecker Verhältnisse zu reden. Die Petition sei dem Reichsgejundheitsamt übermiesen. Es wäre besser gewesen, wenn die Broschüre in Lübeck nicht verboten wäre, denn der Inhalt interessiere ganz Lübeck, und der Staat wäre trotz dem nicht darüber zugrunde gegangen.

Holstenhaus G. m. b. H.

Holstenstrasse 25-33.

**Kaufhaus größten Stils für sämtliche
Artikel der Warenbranche.**



Die Firma hat das gesamte aus dem Konkurse
Leo Leibholz & Co. herrührende Warenlager billig
erworben und davon für etwa $\frac{1}{2}$ Million abge-
sondert, welche im Wege des Räumungsverkaufs
abgestoßen werden.

**Gewaltige Preisabschläge, welche bis 50 teilweise sogar bis 75% heruntergehen,
bieten eine Kaufgelegenheit ersten Ranges, besonders in den nachbenannten Artikeln:**

Kleiderstoffe ◦ **Seidenwaren** ◦ **Restbestände in Leinen- u. Baum-**
wollwaren ◦ **Konfektion für Damen, Herren, Knaben und Mädchen**
Damenhüte ◦ **Putz und Weißwaren** ◦ **Pelzwaren** ◦ **Leibwäsche** ◦
Trikotagen ◦ **Korsetts** ◦ **Woll- u. Wirkwaren** ◦ **Spitzen** ◦ **Besatzartikel**
Handschuhe ◦ **Schuhwaren** ◦ **Galanterie- und Lederwaren** ◦ **Herren-**
artikel jeder Art ◦ **Bücher** ◦ **Kunstgegenstände und andere Waren.**

In
Neu-Dispositionen

sind eingetroffen:

Frühjahrskleiderstoffe in prächtigen Sortimenten

Chice Damenkonfektion und Damenhüte

Echte Orient- und Perserteppiche

zu auffallend billigen Preisen.

**Eröffnung Mittwoch, d. 18. d. M.
nachmittags 4 Uhr.**

 Während des Räumungs-Verkaufs bleiben die
Verkaufslokale zwischen 1 $\frac{1}{2}$ u. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen. 

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 16. März 1908.

123. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Sydow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat der 3511. Steuern und Gebühren.

Hierzu liegen zwei Resolutionen Dr. Köstke (R.) und Speck (Z.) vor, welche verschärfte Maßnahmen bei der Verzollung der Gerste fordern, damit nicht die Draugerste zum billigeren Zollsatz der Futtergerste eingeführt wird.

Dr. Köstke (R.) begründet seine Resolution und hofft außerdem, daß wirtschaftspolitische Meinungsverschiedenheiten dem festen Gefüge des Blocks nicht schaden mögen. (Beifall rechts.)

Speck (Z.) begründet seine Resolution.

Reichschatzsekretär Sydow ist mit dem Grundgedanken der Resolution einverstanden, weist aber auf die Schwierigkeiten der differenzierten Verzollung hin und stellt härtere Bestrafungen der Gerstenzoll-Defraudanten in Aussicht.

Fuhrmann (MR.) spricht sich im allgemeinen für die Resolutionen aus.

Carstens (FVp.) spricht sich gegen die Resolutionen aus, die nur auf Verteuerung der Gersteneinfuhr hinzielen. (Beifall links.)

Dr. Südekum (SD.): Mit der Gründlichkeit der Erörterung dieser Frage scheint man wohl den Vorwurf widerlegen zu wollen, daß der Reichstag oberflächlich arbeite. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Agrarier, für die ja laut Herrn Köstke die Kartoffelfrage eine eminente Kulturfrage ist (Seiterkeit), lassen sich auch durch die von ihnen sonst immer betonte Notwendigkeit einer raschen Erledigung des Etats nicht davon abhalten, ihr Interesse mit allem Nachdruck zu vertreten. Ganz gewiß sind Gesetze dazu da, befolgt zu werden, und gegen eine scharfe Bestrafung von Zollkontraventionen haben wir nichts einzuwenden, wie sehr wir auch die gegenwärtige Zollpolitik bekämpfen. Bei den Resolutionen handelt es sich aber in Wirklichkeit um eine neue Verteuerung eines wichtigen Einfuhrgegenstandes zugunsten der Agrarier. Die Verteuerung der Gerste als eines wichtigen Futtermittels wird schließlich auch auf eine Verteuerung der Fleischnahrung herauskommen. Jetzt sprechen die Agrarier vom fiskalischen Interesse. Da mögen sie doch an eine Reform der Branntweinsteuer herantreten. Aber davon will gerade Herr Köstke nichts wissen. Die Resolution Köstke verlangt Maßregeln, die direkt gegen den russischen Handelsvertrag verstoßen. Aber auch die Resolution Speck ist wegen der Verteuerung der Futtermittel für uns unannehmbar. (Bravo! bei den Soz.)

Dr. Vahrenhorst (Npt.) regt an, die Zollbeamten zu Reichsbeamten zu machen.

Reichschatzsekretär Sydow erklärt, daß die Reichsverfassung der Erfüllung dieses Wunsches entgegenstehe. Reise (MR.) erklärt sich gegen die Resolutionen.

Die Resolution Speck und der erste, allgemeine Teil der Resolution Köstke werden gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen, der zweite Teil der Resolution Köstke, der die Denaturierung der eingeführten Gerste verlangt, wird abgelehnt.

Die Etate der Tabak-, Zigaretten-, Zucker- und Salzsteuer werden nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Beim Etat der Branntweinsteuer trägt

Erzberger (Z.) den Schaden, den das Reich dadurch erleidet, daß den Brennern mehr zurückvergütet wird, als sie Zoll bezahlen. Das Verhalten der Brenner sei sehr unpatriotisch.

Beim Etat der Automobilsteuer wieder eine Resolution auf Erhöhung der Steuer und auf einheitliche Bestimmungen über den Grenzverkehr der Automobile zur Erleichterung des Fremdenverkehrs angenommen.

Es folgt der Etat des Reichsschatzamt's. Hierzu liegt eine Resolution Ortel (MR.) auf Ausprägung von 25 Pf.-Stücken und auf Zulassung anderer Hoheitszeichen anstelle des Reichsadlers auf der Rückseite dieser Münzen vor.

Ortel (MR.) begründet die Resolution.

Reichsschatzsekretär Sydow erklärt, daß in der dem Bundesrat vorliegenden Novelle zum Münzgesetz die Frage des 25 Pfennig-Stücks geregelt werden solle.

Kirsch (Zr.) hält 25 Pf.-Stücke für überflüssig und zieht ein 2.50 Mk.-Stück vor.

Dr. Böttcher (Freif. Vgg.) wünscht energisch Aufbesserung der sehr schlecht bezahlten, nicht etatmäßigen Hilfskräfte in dem Reichsschatzamt.

Reichsschatzsekretär Sydow sucht die schlechtere Bezahlung der nicht etatmäßig angestellten Hilfskräfte mit ihrer größeren Bewegungsfreiheit zu rechtfertigen.

Dr. Südekum (SD.): Hier ist oftmals betont worden, daß Unterstellungen an Invaliden niemals von der politischen Stellung der zu Unterstehenden abhängig gemacht werden sollen. Nun liegt hier vor mir ein Schreiben des Vertreters des Landrats des Kreises Wernau. In dem Schreiben wird angefragt, ob der um eine Veteranenrente nachsuchende dänische Gesinnung hege und ob die Gewährung der Beihilfe ihn von dieser Gesinnung abbringen werde. (Vebh. hört, hört! links und im Zentr.) Diese Art politischer Korruption kann in den Grenzen parlamentarischer Sprechweise nicht gekennzeichnet werden. Ich überlasse diese Dreifache der allgemeinen Verachtung! (Vebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Reichsschatzsekretär Sydow gibt zu, daß die politische Gesinnung bei der Veteranenrente außer Betracht bleiben müsse, bevor er nicht auch den anderen Teil gehört habe.

Vizepräsident Dr. Baasche: Herr Dr. Südekum hat den Vertreter des königlichen Landrats eine Dreifache genannt. (Zuruf b. d. Soz.: Mit vollem Recht!) Das ist nicht statthaft; ich rufe den Abgeordneten Dr. Südekum zur Ordnung.

Der Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ wird bewilligt. Der erste Teil der Resolution Ortel (Ausprägung des 25 Pf.-Stücks) wird angenommen, der zweite Teil abgelehnt.

Zum Titel Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer liegt eine Resolution Oriola (Npt.) auf Befreiung der Hürten und Ungleichheiten, auf Gewährung eines Gnadenpartals und Aufbringung der Mittel durch eine Wehrsteuer vor.

Die Abg. Graf Kompech (Z.) und Gen. beantragen Einfügung einer Bestimmung in den Etat, wonach als hilfsbedürftig alle Kriegsteilnehmer angesehen werden sollen, deren steuerbares Einkommen nicht über 900 Mk. beträgt.

Graf Oriola (MR.) begründet seine Resolution. Wenn der Wernauer Fall so liegt, wie der Abg. Südekum ihn geschildert hat, so bedeutet er eine krasse Gesetzesverletzung.

Reichsschatzsekretär Sydow macht auf die finanziellen Bedenken aufmerksam, die den eingebrachten Anträgen entgegenstehen.

Um 6 1/4 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf 8 Uhr abends.

Abend-Sitzung.

Am Bundesratsstisch: Sydow, Zwele.

In fortgesetzter Beratung des Etats des Reichsschatzamt's bei dem Titel „Veteranenbeihilfe“ begründete

Vaumann (Z.) die Resolution seiner Partei, solche Kriegsteilnehmer als hilfsbedürftig anzusehen, deren steuerbares Einkommen nicht mehr als 900 Mk. beträgt. Die Finanzlage dürfte kein Hindernis sein, da sie auch kein Hindernis für eine abermalige Erhöhung in den Ausgaben für die Marine gewesen sei.

Hufnagel (R.) erklärte seine Sympathie für die Tendenz der Anträge Oriola und Vaumann.

Singer (SD.) war mit der Überweisung des Antrages Oriola an die Budgetkommission einverstanden. Nach wie vor sei seine Partei gegen eine Wehrsteuer. Seine Partei wüßte, daß die Veteranenbeihilfe womöglich in noch höherem

rem Betrage als 120 Mk. allen Kriegsteilnehmern zuteil werde.

Unterstaatssekretär Zwele führte aus: Ungleichheiten würden immer vorkommen, denn bei der Ausführung kämen etwa 8000-10000 Lokalbehörden in Frage. Die Reichsverwaltung habe das größte Interesse an einer einheitlichen Behandlung der Gesuche. Wenn die Behörden hinsichtlich des Einkommens anscheinend einen verschiedenen Maßstab anlegten, sei es doch Tatsache, daß zum Beispiel 900 Mk. in Ostpreußen einen ganz anderen Wert darstellen, als in Südb- oder Westdeutschland. Der Antrag sei auch als Ausführungsbestimmung zu charakterisieren, und solche Erlasse stünden dem Bundesrat zu. Das Mehrbedürfnis würde mindestens zehn bis zwanzig Millionen betragen. Wie sollen sie gedeckt werden? Darüber schwebe sich der Zentrumsantrag aus, während er auch eine entsprechende Erhöhung der Staatsposition von 20 Millionen hätte enthalten müssen. Den Zentrumsantrag bitte er abzulehnen.

Wieland (DVP) hat den Schatzsekretär, die Anregung der beiden Anträge in Ermägung zu ziehen.

Arendt (Rp.) führte aus, bei der Veteranenrente dürfe die Finanzlage nicht maßgebend sein. Der Antrag Oriola gehe ihm noch nicht weit genug.

Kulerski (Volo) will für den Zentrumsantrag stimmen. Vielleicht beantrage das Zentrum namentliche Abstimmung. Dann würde man sehen, wer den Veteranen sofort beizuspringen bereit sei.

Schrader (freif. Vgg.) sprach sich dafür aus, den Antrag an die Kommission zu verweisen. Es sei jedenfalls ohne Vorgang, daß ein Antrag von solcher Tragweite in letzter Stunde eingebracht werde.

Gröber (Zr.) meinte, eine objektive Norm für gleichmäßige Behandlung der Gesuche aufzustellen, sei Zweck des Zentrumsantrages. Es handle sich nicht sowohl um eine Abänderung, als um eine wohlwollende Auslegung des Gesetzes von 1896. Warum solle in dieser Beziehung nicht eine Verständigung zwischen Bundesrat und Reichstag zu erlangen sein? Wollte man den Veteranen rasch zur Hilfe kommen, müsse man den Zentrumsantrag annehmen.

Vizepräsident Kaempf rief einen von der Journalistentribüne aus während der Rede Gröber erfolgten Zuruf. Bei Wiederholung droht er, die Tribüne räumen zu lassen.

Staatssekretär Sydow erklärte, den Kriegsteilnehmern gegenüber von den gleichen Gesinnungen besetzt zu sein wie sein Vorgänger, der ebenso wie er den Antrag Kompesch ablehnen würde. In der Veroppelung dieser Frage mit dem Etat liege ein Zwang. Während sich der Etat nur auf ein Jahr erbreite, würde die Bindung der Regierung durch den Zentrumsantrag dauernd sein.

Vizepräsident Kaempf teilt mit, daß Abg. Singer namentliche Abstimmung beantrage.

Dr. Baasche (MR.): Herr Dr. Arendt hat die Stimmung des Hauses getroffen. Man solle unseren Veteranen helfen und die Ehrenschuld soweit wie möglich abtragen. Interessant war es, daß Herr Kulerski sagte, die Regierung solle durch den Antrag in Verlegenheit gebracht werden. (Vort, hört!) Das sei die Stimmung, aus der heraus der Antrag komme. Die Trabanten des Zentrums, die Herren Bolen, beschäftigen es. (Unruhe.) Früher verwahrten Sie zum Zentrum sich davon, derartige finanziell weittragende Anträge zu befürworten, jetzt ist die politische Position des Zentrums allerdings eine andere. Wenn der Abänderungsantrag des Zentrums an die Kommission verwiesen werde, dann müsse auch der Titel zurückverwiesen werden. Hilpert (bayr. Vauernsüdb.) und v. Derken (Rp.) traten für den Antrag Oriola ein.

Erzberger (Z.) polemisierte gegen die Äußerungen Baasches.

Staatssekretär Sydow erklärte, er kenne die Stimmung des Bundesrates genau, sie gehe gegen weitere Ausgaben, wenn keine Deckung vorhanden sei.

Graf Oriola (MR.) bemerkte, in der Veteranenfrage sei das Zentrum nicht Zentrum geblieben, das Bild werde geändert. Durch den Zentrumsantrag sollten neue Schwierigkeiten unter den anderen Parteien gemacht werden, aus denen die Veteranen keinen Nutzen hätten.

Colomba.

Novelle von Prosper Mérimée.

(10. Fortsetzung.)

Der Marktort Pietranera ist, wie überhaupt alle Dörfer auf Korsika, sehr unregelmäßig gebaut; um eine große Straße zu sehen, muß man nach dem von Monsieur de Marboef erbauten Casaele gehen. Die ohne Beachtung einer Linie aufs Geratewohl angeordneten Häuser liegen auf einer kleinen Hochebene, oder besser gesagt, auf einem Abhang des Gebirges verstreut. Etwa in der Mitte des Dorfes steht ein großer Eichenbaum; im Schatten seiner mächtigen Zweige ist ein steinerner Trog aufgestellt, in den sich, durch ein hölzernes Rohr geleitet, das Wasser eines benachbarten Quells ergießt. Diese gemeinnützige Anlage wurde von den della Rebbia und den Barricini auf gemeinschaftliche Kosten hergestellt; wollte man aber in diesem Werk ein Zeichen früherer Eintracht erkennen, so wäre das ein großer Irrtum. Es verdankt seine Entstehung im Gegenteil der gegenseitigen Eifersucht. Als vor Zeiten der Oberst della Rebbia dem Gemeinde-Vorstande seines Ortes zur Errichtung eines Brunnens eine kleine Summe als Beisteuer zugesandt hatte, beehrte auch der Advokat Barricini sich mit dem Anerbieten einer ähnlichen Summe. Diesem großmütigen Wettstreit der beiden Gegner verdankt also Pietranera seine Versorgung mit Wasser. Die grüne Erde und der Brunnen sind von einem leeren Raume umgeben, welcher sichtlich „der Platz“ genannt wird. Am Abend pflegen sich hier die müßigen Bewohner des Dorfes zu versammeln, entweder zum Kartenspiel oder zu sonstigem Zeitvertreib, und einmal im Jahre, zur Karnovallszeit, zum Tanz. An zwei entgegengesetzten Seiten wird der Platz von Gebäuden begrenzt, die aus Granit und Schieferstein errichtet sind und mehr Höhe als Breite haben. Dies sind die feindlichen „Türme“ der della Rebbia und der Barricini. In der Bauart sind sie einander gleich und ihre Höhe ist dieselbe. Sie sind ein sprechender Beweis dafür, daß die Eifersucht der beiden Familien sich überall im Gleichgewicht zu erhalten mußte, ohne daß es dem Schicksale gelungen wäre, zugunsten der einen oder anderen Partei einen entscheidenden Ausschlag zu geben.

Vielleicht bedarf es einer Erklärung, was hier unter dem Worte „Turm“ zu verstehen ist. Diese Türme sind also ein Bau von etwa vierzig Fuß Höhe, den man anderswo ganz einfach einen Taubenschlag nennen würde. In der schmalen Tür, welche acht Fuß über dem Boden angebracht ist, gelangt man auf einer sehr steilen Treppe, über der Tür befindet sich ein Fenster mit einer Art von Balkon, der von zahlreichen Löchern durchbrochen ist, welche es den Bewohnern ohne weitere Gefahr gestatten, jeden unberufenen Besucher zu töten. Zwischen dem Fenster und der Tür sind zwei groß ausgehauene Wappenschilde angebracht, wovon das eine ehemals das gemessene Kreuz trug; heute aber ist dieses ganz vermischt und nur noch für Archäologen erkennbar. Auf dem anderen ist das Wappen der Familie ausgehauen, welcher der Turm gehört. Zur Vervollständigung dieser Zieraten muß der Leser auf den Wappenschilddern und den Fenstergewölben sich noch einige Kugel-Verwundungen hinzudenken, und dann wird er die richtige Vorstellung von einem mittelalterlichen Herrenschloß auf Korsika gewonnen haben. Ich vergaß noch zu sagen, daß sich an den Turm die Wohngebäude schließen und oft durch einen inneren Gang damit in Verbindung stehen. Der Turm und das Haus der della Rebbia nimmt die nördliche Seite des Platzes ein; der Turm und das Haus der Barricini die südliche. Der vom nördlichen Turm bis zum Brunnens reichende Raum dient den della Rebbia als Promenade; der auf der entgegengesetzten Seite den Barricini. Seit dem Begräbnis der Frau des Obersten war es nicht mehr erlaubt worden, daß ein Mitglied von einer der beiden Familien auf einer anderen Seite des Platzes erscheinen würde, als auf derjenigen, welche durch einen Artförmigen Absteigenden übereinstimmend ein für alle Mal der betreffenden Familie zuerkannt war. Orso wollte, um einen Umweg zu vermeiden, direkt am Hause des Matres vorbeiziehen. Aber noch zur rechten Zeit wurde er durch seine Schwester auf das Unzulässige seines Vorhabens aufmerksam gemacht; sie wollte ihn nötigen, seinen Weg durch eine Seitenstraße zu nehmen, welche ohne den Platz zu berühren, grade auf das Haus der Geschwister zuführte.

Was soll man sich dadurch stören lassen? fragte Orso; ist der Platz nicht für alle da? und damit gab er seinem Pferde die Sporen.

„Ein tapferes Herz!“ flüsterte Colomba leise vor sich

hin. „Mein Vater, du wirst nicht lange mehr auf die Rache warten.“

Als sie auf dem Plage angekommen waren, lenkte Colomba ihr Pferd so, daß sie sich zwischen dem Hause der Barricini und ihrem Bruder befand, und ihre Blicke hielt sie unverwandt auf die feindlichen Fenster gerichtet. Sie bemerkte, daß diese während ihrer Abwesenheit verbarrikadiert und mit „Archere“ versehen waren. „Archere“ nennt man die schmalen schiefkartigen Spalten, welche zwischen den dicken Holzbocken gelassen werden, womit man, wenn irgend ein Angriff zu befürchten steht, den unteren Teil des Fensters verrammelt. Durch diese „Archere“ können die Bewohner des Hauses aus sicherem Versteck heraus jeden Angreifer niederschleßen.

„Die Feiglinge!“ rief Colomba. „Seht Ihr's, Orso, sie fangen schon an, sich in acht zu nehmen! Mögen sie sich versammeln, wie sie wollen, der Tag wird kommen, daß sie heraus müssen!“

Orso's Erscheinen auf der Südseite des Platzes erregte großes Aufsehen in Pietranera und wurde als eine unheimliche streifende Kühnheit betrachtet. Für die Unbedeutenden, welche der Abend unter der Eiche verammelte, wurde dies ein Thema zu endlosen Erörterungen. „Es ist ein Glück, hieß es, daß die Söhne der Barricini noch nicht wieder da sind; sie würden nicht alles so geduldig hingehen lassen, wie der Advokat; wenn sie den Feind ihr Gebiet betreten sähen, würden sie ihn seine Unverschämtheit teuer bezahlen lassen.“

„Laßt's euch gesagt sein, Nachbarn, und erinnert euch später daran,“ ließ sich ein Greis vernehmen, der das Orakel des Dorfes war, „ich habe mir heute das Gesicht der Colomba angesehen; der steckt etwas Besseres im Kopfe, sich mittlere Pulver in der Luft; binns Kurzem wird man erleben, daß in Pietranera Fleisch genug um wenig Geld zu haben ist.“

Orso, der sehr jung aus der Heimat fortgeschickt war, hatte seinen Vater nur wenig gekannt. Während dieser mit den kaiserlichen Soldaten Europa durchzog, verließ sein Sohn in einem Alter von fünfzehn Jahren Pietranera zuerst um in Pisa zu studieren und darnach um in die Militärschule einzutreten. In den selten eintretenden Zwischenzeiten hatte er seinen Vater auf dem Kontinente gesehen, und

Liebermann v. Sonnenberg (Abg.) meinte, wenn seine Partei gegen den Antrag Hompesch Stimme, so liege es ihr fern, die Veteranen zu schädigen.
Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Erzberger und Oriola schloß die Diskussion.
Es folgten persönliche Bemerkungen.
Darauf wurde die Resolution des Grafen Oriola einstimmig an die Budgetkommission verwiesen und die Abstimmung über den Antrag Hompesch auf morgen vertagt.
Der Rest des Tages wurde ohne Verabredung erledigt.
Darauf trat das Haus in die Beratung des Etats der Reichsbank ein.
Über einen vom Abg. Singer eingebrachten Antrag auf Vertagung war um 12 Uhr 10 Minuten nachts Sammelbesprechung erforderlich. Die Abstimmung ergab, daß 53 Abgeordnete für und 58 Abgeordnete gegen die Vertagung stimmten. Das Haus ist somit beschlußfähig.
Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. Fortsetzung der heutigen Debatte und Kolonialetat.
Schluß 12 1/4 Uhr nachts.

Verammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 16. März 1908.

Der Wortführer Dr. Görg eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß der Verein Ämterstadt ein Verbot um Verbreiterung der oberen Engelsgrube und um Herstellung einer Verleinerung für Fuhrwerke zwischen der nördlichen Vorstadt St. Lorenz und der inneren Stadt an die Bürgerschaft gerichtet hat.
Die Senats-Anträge 11 und 12 werden auf Antrag Wiffell von der Tagesordnung abgesetzt, da dieselben der Bürgerschaft zu spät zugegangen sind.
Der erste Senatsantrag betrifft die Errichtung dreier neuer Kanalisationsstellen zweiter Gehaltsklasse bei der Senatskanzlei.
Schneider fragt an, ob durch die Schaffung der drei neuen Kanalisationsstellen Anstellungen ausfallen.
Senator Dr. Fehling: Wahrscheinlich werden verschiedene Hilfsarbeiter frei durch die neuen Kanalisationsstellen.
Lippert hält es für unrichtig, daß Beamte, die in andere Stellen mit niedrigerem Anfangsgehalt eingerückt sind, als das Gehalt betrug, das sie in ihrer früheren Stellung hatten, nicht in die gleiche oder nächsthöhere Gehaltsklasse eingerückt sind, zumal ein entsprechender Rat- und Bürger-schluß besteht.
Senator Dr. Fehling will dem Senat hiervon Mitteilung machen, damit derselbe ausführlich darauf antworten kann.
Der Senatsantrag wird darauf angenommen.
Unverändert genehmigt werden die Senatsanträge betr. Umwandlung der Stelle des Kanalisations zweiter Gehaltsklasse am Staatsarchiv in eine solche erster Gehaltsklasse, sowie die Er-übrigung der Geltungsdauer des vierten Nachtrages vom 2. Dezember 1903 zum Gesetze vom 27. Mai 1889, betreffend die Einkommensteuer, auf das Rechnungsjahr 1904.
Beim Senatsantrag betr. Schaffung der etatsmäßigen Stelle eines Direktors des Statistischen Amtes, meinte

Statistisches Amt Lübeck hat als Landesamt besondere Aufgaben zu erfüllen und ist nicht ohne weiteres mit ähnlichen Institutionen anderer Städte zu vergleichen, Redner erläutert sodann des längeren die für den Leiter eines Statistischen Amtes nötige Vorbildung; nicht jeder Oberbeamte des Stadt- und Landamtes könne die Leitung des Statistischen Amtes übernehmen. Weiter gibt der Senator einen Überblick über die Leistungen des Lübeckischen Statistischen Amtes während der letzten 25 Jahre. Viele Arbeiten, die notwendig sind, konnten nicht vorgenommen werden, weil das Statistische Amt mit Arbeiten überlastet war. Redner bittet um Ausnahme der Senatsvorlage.
Dr. Fiehl: Es fragt sich hier hauptsächlich, ob wir einen Beamten brauchen, der so hoch bezahlt wird, wie der Senat beantragt. Andererseits werden diese Beamten auch nicht so hoch bezahlt. Es muß bei der Anstellung von Beamten gepart werden, wenn das Budget nicht überlastet werden soll.
Senator Dr. Neumann: Das Gehalt des Oberbeamten muß doch entsprechend seiner Vorbildung und in Rücksicht darauf, daß der Beamte in Lübeck keinen höheren Posten erhalten kann, bemessen werden.
Senator Dr. Fehling: Es ist notwendig, daß gerade ein kleiner Staat tüchtige Beamte hat, und solche müssen auch entsprechend bezahlt werden. Herr Dr. Fiehl will nur an dem Gehalte sparen, sonst hat er nichts Wesentliches einzumenden.
Prof. Dr. Baethke tritt für Kommissionsberatung ein.
Geheimrat Brecht meint, daß zugunsten der Anstellung eines akademisch gebildeten Mannes entschieden werden muß, und hält eine kommissarische Beratung für notwendig.
Gusmann ist ebenfalls für kommissarische Prüfung der Vorlage.
Senator Dr. Neumann: Davon, daß etwa ein höherer Subalternbeamter die Leitung des Statistischen Amtes übernehmen könnte, kann nicht die Rede sein.
Klein ist der Meinung, daß ein akademisch gebildeter Mann an die Spitze des Statistischen Amtes gestellt werden muß, zumal durch die Entwicklung unseres Staates der Statistik manche neue Aufgaben erwachsen werden. Ich werde deshalb für die Senatsvorlage stimmen.
S. Thiel hält eine gute Statistik für dringend notwendig und tritt für die Senatsvorlage ein.
Prof. Dr. Baethke: Es handelt sich in der Kommission um die Prüfung, ob die Stellung noch im Nebenamt ausgefüllt werden kann oder ob dazu ein hoch bezahlter Beamter notwendig ist.
Senator Dr. Neumann befürwortet nochmals den Senatsantrag.
Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.
Der nächste Senatsantrag betrifft die Verlegung eines elektrischen Speisekabels in der Beckergrube und in der Pfaffenstraße.
R. Wape wünscht, daß die Anlieger der Danstraße, Lindenstraße, Schügenstraße bald Anschluß an das Kabelnetz erhalten.
Senator Straß: Es werden alljährlich eine Anzahl Straßen befestigt; im vorigen Jahre wurde die nördliche Vorstadt St. Lorenz berücksichtigt.
Der Senatsantrag wird angenommen.
Beim nächsten Senatsantrag betr. Schaffung der Stelle eines Kassengehilfen bei der Baudeputation fragt

Dr. Fiehl, daß das Gehalt des anzustellenden Oberbeamten zu hoch ist, und daß man einen Beamten, der so umfangreiche Geschäfte zu versehen habe, überhaupt nicht brauche. Es ist schon ein Oberbeamter am Stadt- und Landamt vorhanden, der im Sommer auf Monate hinaus nach Travemünde als Kurdirektor kommandiert worden ist, also Zeit genug hat, um den Posten eines Direktors im Statistischen Amt mitverwalten zu können, wenn ihm ein tüchtiger Unterbeamter beigegeben wird. Auch andere Städte geben nicht so viel für einen Direktor des Statistischen Amtes aus, wie hier beabsichtigt wird. Redner beantragt kommissarische Beratung.
Senator Dr. Neumann: Der Oberbeamte des Stadt- und Landamtes ist nicht als Kurdirektor nach Travemünde geschickt worden, sondern er hatte die Verwaltungsvorgänge zu prüfen und darüber zu berichten. Daran ergibt sich aber nicht, daß der Oberbeamte nicht genügend beschäftigt war; es mußte sogar zeitweilig ein Referendar zu den Arbeiten des Oberbeamten herangezogen werden. Bisher wurden die Arbeiten des Statistischen Amtes im Nebenamt erledigt. Der bisherige leitende Beamte des Statistischen Amtes hat kein Gehalt um Verlegung in den Ruhestand auch damit begehrt, daß er nicht mehr imstande sei, die Geschäfte des Statistischen Amtes in der Weise zu führen, wie er es selbst für wünschenswert hält. Das Sta-

atistische Amt Lübeck hat als Landesamt besondere Aufgaben zu erfüllen und ist nicht ohne weiteres mit ähnlichen Institutionen anderer Städte zu vergleichen, Redner erläutert sodann des längeren die für den Leiter eines Statistischen Amtes nötige Vorbildung; nicht jeder Oberbeamte des Stadt- und Landamtes könne die Leitung des Statistischen Amtes übernehmen. Weiter gibt der Senator einen Überblick über die Leistungen des Lübeckischen Statistischen Amtes während der letzten 25 Jahre. Viele Arbeiten, die notwendig sind, konnten nicht vorgenommen werden, weil das Statistische Amt mit Arbeiten überlastet war. Redner bittet um Ausnahme der Senatsvorlage.
Dr. Fiehl: Es fragt sich hier hauptsächlich, ob wir einen Beamten brauchen, der so hoch bezahlt wird, wie der Senat beantragt. Andererseits werden diese Beamten auch nicht so hoch bezahlt. Es muß bei der Anstellung von Beamten gepart werden, wenn das Budget nicht überlastet werden soll.
Senator Dr. Neumann: Das Gehalt des Oberbeamten muß doch entsprechend seiner Vorbildung und in Rücksicht darauf, daß der Beamte in Lübeck keinen höheren Posten erhalten kann, bemessen werden.
Senator Dr. Fehling: Es ist notwendig, daß gerade ein kleiner Staat tüchtige Beamte hat, und solche müssen auch entsprechend bezahlt werden. Herr Dr. Fiehl will nur an dem Gehalte sparen, sonst hat er nichts Wesentliches einzumenden.
Prof. Dr. Baethke tritt für Kommissionsberatung ein.
Geheimrat Brecht meint, daß zugunsten der Anstellung eines akademisch gebildeten Mannes entschieden werden muß, und hält eine kommissarische Beratung für notwendig.
Gusmann ist ebenfalls für kommissarische Prüfung der Vorlage.
Senator Dr. Neumann: Davon, daß etwa ein höherer Subalternbeamter die Leitung des Statistischen Amtes übernehmen könnte, kann nicht die Rede sein.
Klein ist der Meinung, daß ein akademisch gebildeter Mann an die Spitze des Statistischen Amtes gestellt werden muß, zumal durch die Entwicklung unseres Staates der Statistik manche neue Aufgaben erwachsen werden. Ich werde deshalb für die Senatsvorlage stimmen.
S. Thiel hält eine gute Statistik für dringend notwendig und tritt für die Senatsvorlage ein.
Prof. Dr. Baethke: Es handelt sich in der Kommission um die Prüfung, ob die Stellung noch im Nebenamt ausgefüllt werden kann oder ob dazu ein hoch bezahlter Beamter notwendig ist.
Senator Dr. Neumann befürwortet nochmals den Senatsantrag.
Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.
Der nächste Senatsantrag betrifft die Verlegung eines elektrischen Speisekabels in der Beckergrube und in der Pfaffenstraße.
R. Wape wünscht, daß die Anlieger der Danstraße, Lindenstraße, Schügenstraße bald Anschluß an das Kabelnetz erhalten.
Senator Straß: Es werden alljährlich eine Anzahl Straßen befestigt; im vorigen Jahre wurde die nördliche Vorstadt St. Lorenz berücksichtigt.
Der Senatsantrag wird angenommen.
Beim nächsten Senatsantrag betr. Schaffung der Stelle eines Kassengehilfen bei der Baudeputation fragt

Dr. Fiehl, daß das Gehalt des anzustellenden Oberbeamten zu hoch ist, und daß man einen Beamten, der so umfangreiche Geschäfte zu versehen habe, überhaupt nicht brauche. Es ist schon ein Oberbeamter am Stadt- und Landamt vorhanden, der im Sommer auf Monate hinaus nach Travemünde als Kurdirektor kommandiert worden ist, also Zeit genug hat, um den Posten eines Direktors im Statistischen Amt mitverwalten zu können, wenn ihm ein tüchtiger Unterbeamter beigegeben wird. Auch andere Städte geben nicht so viel für einen Direktor des Statistischen Amtes aus, wie hier beabsichtigt wird. Redner beantragt kommissarische Beratung.
Senator Dr. Neumann: Der Oberbeamte des Stadt- und Landamtes ist nicht als Kurdirektor nach Travemünde geschickt worden, sondern er hatte die Verwaltungsvorgänge zu prüfen und darüber zu berichten. Daran ergibt sich aber nicht, daß der Oberbeamte nicht genügend beschäftigt war; es mußte sogar zeitweilig ein Referendar zu den Arbeiten des Oberbeamten herangezogen werden. Bisher wurden die Arbeiten des Statistischen Amtes im Nebenamt erledigt. Der bisherige leitende Beamte des Statistischen Amtes hat kein Gehalt um Verlegung in den Ruhestand auch damit begehrt, daß er nicht mehr imstande sei, die Geschäfte des Statistischen Amtes in der Weise zu führen, wie er es selbst für wünschenswert hält. Das Sta-

atistische Amt Lübeck hat als Landesamt besondere Aufgaben zu erfüllen und ist nicht ohne weiteres mit ähnlichen Institutionen anderer Städte zu vergleichen, Redner erläutert sodann des längeren die für den Leiter eines Statistischen Amtes nötige Vorbildung; nicht jeder Oberbeamte des Stadt- und Landamtes könne die Leitung des Statistischen Amtes übernehmen. Weiter gibt der Senator einen Überblick über die Leistungen des Lübeckischen Statistischen Amtes während der letzten 25 Jahre. Viele Arbeiten, die notwendig sind, konnten nicht vorgenommen werden, weil das Statistische Amt mit Arbeiten überlastet war. Redner bittet um Ausnahme der Senatsvorlage.
Dr. Fiehl: Es fragt sich hier hauptsächlich, ob wir einen Beamten brauchen, der so hoch bezahlt wird, wie der Senat beantragt. Andererseits werden diese Beamten auch nicht so hoch bezahlt. Es muß bei der Anstellung von Beamten gepart werden, wenn das Budget nicht überlastet werden soll.
Senator Dr. Neumann: Das Gehalt des Oberbeamten muß doch entsprechend seiner Vorbildung und in Rücksicht darauf, daß der Beamte in Lübeck keinen höheren Posten erhalten kann, bemessen werden.
Senator Dr. Fehling: Es ist notwendig, daß gerade ein kleiner Staat tüchtige Beamte hat, und solche müssen auch entsprechend bezahlt werden. Herr Dr. Fiehl will nur an dem Gehalte sparen, sonst hat er nichts Wesentliches einzumenden.
Prof. Dr. Baethke tritt für Kommissionsberatung ein.
Geheimrat Brecht meint, daß zugunsten der Anstellung eines akademisch gebildeten Mannes entschieden werden muß, und hält eine kommissarische Beratung für notwendig.
Gusmann ist ebenfalls für kommissarische Prüfung der Vorlage.
Senator Dr. Neumann: Davon, daß etwa ein höherer Subalternbeamter die Leitung des Statistischen Amtes übernehmen könnte, kann nicht die Rede sein.
Klein ist der Meinung, daß ein akademisch gebildeter Mann an die Spitze des Statistischen Amtes gestellt werden muß, zumal durch die Entwicklung unseres Staates der Statistik manche neue Aufgaben erwachsen werden. Ich werde deshalb für die Senatsvorlage stimmen.
S. Thiel hält eine gute Statistik für dringend notwendig und tritt für die Senatsvorlage ein.
Prof. Dr. Baethke: Es handelt sich in der Kommission um die Prüfung, ob die Stellung noch im Nebenamt ausgefüllt werden kann oder ob dazu ein hoch bezahlter Beamter notwendig ist.
Senator Dr. Neumann befürwortet nochmals den Senatsantrag.
Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.
Der nächste Senatsantrag betrifft die Verlegung eines elektrischen Speisekabels in der Beckergrube und in der Pfaffenstraße.
R. Wape wünscht, daß die Anlieger der Danstraße, Lindenstraße, Schügenstraße bald Anschluß an das Kabelnetz erhalten.
Senator Straß: Es werden alljährlich eine Anzahl Straßen befestigt; im vorigen Jahre wurde die nördliche Vorstadt St. Lorenz berücksichtigt.
Der Senatsantrag wird angenommen.
Beim nächsten Senatsantrag betr. Schaffung der Stelle eines Kassengehilfen bei der Baudeputation fragt

Dr. Fiehl, daß das Gehalt des anzustellenden Oberbeamten zu hoch ist, und daß man einen Beamten, der so umfangreiche Geschäfte zu versehen habe, überhaupt nicht brauche. Es ist schon ein Oberbeamter am Stadt- und Landamt vorhanden, der im Sommer auf Monate hinaus nach Travemünde als Kurdirektor kommandiert worden ist, also Zeit genug hat, um den Posten eines Direktors im Statistischen Amt mitverwalten zu können, wenn ihm ein tüchtiger Unterbeamter beigegeben wird. Auch andere Städte geben nicht so viel für einen Direktor des Statistischen Amtes aus, wie hier beabsichtigt wird. Redner beantragt kommissarische Beratung.
Senator Dr. Neumann: Der Oberbeamte des Stadt- und Landamtes ist nicht als Kurdirektor nach Travemünde geschickt worden, sondern er hatte die Verwaltungsvorgänge zu prüfen und darüber zu berichten. Daran ergibt sich aber nicht, daß der Oberbeamte nicht genügend beschäftigt war; es mußte sogar zeitweilig ein Referendar zu den Arbeiten des Oberbeamten herangezogen werden. Bisher wurden die Arbeiten des Statistischen Amtes im Nebenamt erledigt. Der bisherige leitende Beamte des Statistischen Amtes hat kein Gehalt um Verlegung in den Ruhestand auch damit begehrt, daß er nicht mehr imstande sei, die Geschäfte des Statistischen Amtes in der Weise zu führen, wie er es selbst für wünschenswert hält. Das Sta-

atistische Amt Lübeck hat als Landesamt besondere Aufgaben zu erfüllen und ist nicht ohne weiteres mit ähnlichen Institutionen anderer Städte zu vergleichen, Redner erläutert sodann des längeren die für den Leiter eines Statistischen Amtes nötige Vorbildung; nicht jeder Oberbeamte des Stadt- und Landamtes könne die Leitung des Statistischen Amtes übernehmen. Weiter gibt der Senator einen Überblick über die Leistungen des Lübeckischen Statistischen Amtes während der letzten 25 Jahre. Viele Arbeiten, die notwendig sind, konnten nicht vorgenommen werden, weil das Statistische Amt mit Arbeiten überlastet war. Redner bittet um Ausnahme der Senatsvorlage.
Dr. Fiehl: Es fragt sich hier hauptsächlich, ob wir einen Beamten brauchen, der so hoch bezahlt wird, wie der Senat beantragt. Andererseits werden diese Beamten auch nicht so hoch bezahlt. Es muß bei der Anstellung von Beamten gepart werden, wenn das Budget nicht überlastet werden soll.
Senator Dr. Neumann: Das Gehalt des Oberbeamten muß doch entsprechend seiner Vorbildung und in Rücksicht darauf, daß der Beamte in Lübeck keinen höheren Posten erhalten kann, bemessen werden.
Senator Dr. Fehling: Es ist notwendig, daß gerade ein kleiner Staat tüchtige Beamte hat, und solche müssen auch entsprechend bezahlt werden. Herr Dr. Fiehl will nur an dem Gehalte sparen, sonst hat er nichts Wesentliches einzumenden.
Prof. Dr. Baethke tritt für Kommissionsberatung ein.
Geheimrat Brecht meint, daß zugunsten der Anstellung eines akademisch gebildeten Mannes entschieden werden muß, und hält eine kommissarische Beratung für notwendig.
Gusmann ist ebenfalls für kommissarische Prüfung der Vorlage.
Senator Dr. Neumann: Davon, daß etwa ein höherer Subalternbeamter die Leitung des Statistischen Amtes übernehmen könnte, kann nicht die Rede sein.
Klein ist der Meinung, daß ein akademisch gebildeter Mann an die Spitze des Statistischen Amtes gestellt werden muß, zumal durch die Entwicklung unseres Staates der Statistik manche neue Aufgaben erwachsen werden. Ich werde deshalb für die Senatsvorlage stimmen.
S. Thiel hält eine gute Statistik für dringend notwendig und tritt für die Senatsvorlage ein.
Prof. Dr. Baethke: Es handelt sich in der Kommission um die Prüfung, ob die Stellung noch im Nebenamt ausgefüllt werden kann oder ob dazu ein hoch bezahlter Beamter notwendig ist.
Senator Dr. Neumann befürwortet nochmals den Senatsantrag.
Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.
Der nächste Senatsantrag betrifft die Verlegung eines elektrischen Speisekabels in der Beckergrube und in der Pfaffenstraße.
R. Wape wünscht, daß die Anlieger der Danstraße, Lindenstraße, Schügenstraße bald Anschluß an das Kabelnetz erhalten.
Senator Straß: Es werden alljährlich eine Anzahl Straßen befestigt; im vorigen Jahre wurde die nördliche Vorstadt St. Lorenz berücksichtigt.
Der Senatsantrag wird angenommen.
Beim nächsten Senatsantrag betr. Schaffung der Stelle eines Kassengehilfen bei der Baudeputation fragt

Dr. Fiehl, daß das Gehalt des anzustellenden Oberbeamten zu hoch ist, und daß man einen Beamten, der so umfangreiche Geschäfte zu versehen habe, überhaupt nicht brauche. Es ist schon ein Oberbeamter am Stadt- und Landamt vorhanden, der im Sommer auf Monate hinaus nach Travemünde als Kurdirektor kommandiert worden ist, also Zeit genug hat, um den Posten eines Direktors im Statistischen Amt mitverwalten zu können, wenn ihm ein tüchtiger Unterbeamter beigegeben wird. Auch andere Städte geben nicht so viel für einen Direktor des Statistischen Amtes aus, wie hier beabsichtigt wird. Redner beantragt kommissarische Beratung.
Senator Dr. Neumann: Der Oberbeamte des Stadt- und Landamtes ist nicht als Kurdirektor nach Travemünde geschickt worden, sondern er hatte die Verwaltungsvorgänge zu prüfen und darüber zu berichten. Daran ergibt sich aber nicht, daß der Oberbeamte nicht genügend beschäftigt war; es mußte sogar zeitweilig ein Referendar zu den Arbeiten des Oberbeamten herangezogen werden. Bisher wurden die Arbeiten des Statistischen Amtes im Nebenamt erledigt. Der bisherige leitende Beamte des Statistischen Amtes hat kein Gehalt um Verlegung in den Ruhestand auch damit begehrt, daß er nicht mehr imstande sei, die Geschäfte des Statistischen Amtes in der Weise zu führen, wie er es selbst für wünschenswert hält. Das Sta-

R. Thiel fragt an, wie es mit der Neupflasterung der Schwartauer Allee steht.
Thiele hält die Neupflasterung der Hundestraße für nötig.
Lauenstein befragt die schlechten Verhältnisse der Klappenstr. und Schwartauer Allee.
Eckermann kritisiert ebenfalls den schlechten Zustand der Schwartauer Allee.
Dühring fragt an, ob in Zukunft bei Straßenregulierungen die Anwohner Einsicht in die Pläne nehmen können.
R. Thiel wundert sich, daß ihm vom Senatstische keinerlei Antwort erteilt worden ist.
Senator Dr. Fehling: Die Verhandlungen mit der Straßenbahn haben sich so lange hingezogen, deshalb konnte die Pflasterung der Schwartauer Allee noch nicht erfolgen.
H. Wape: Ich wundere mich, daß die Bogonienstraße nicht ausgebessert werden soll.
Bandererde weist auf das schlechte Pflaster der Braumstraße hin.
Lauenstein: Ich möchte fragen, ob das Straßenpflaster der Untertrave zwischen der Braun- und Holtenstraße aufgerissen wird, um ein doppeltes Straßenbahngleis zu legen.
Senator H. Wape: Das ist richtig.
Damit ist die allgemeine Beratung erledigt.
In der Spezialberatung bemängelt
Henne die Verfassung, nach welcher der Baudeputation die Summe von 18500 zur Verfügung gestellt worden ist, ohne die Bürgerschaft darum zu fragen.
Senator Dr. Fehling: Das Verfahren des Senates ist durchaus korrekt, denn die Bürgerschaft kann jetzt die betr. Summe bewilligen oder anders entscheiden.
H. Wape fragt an, ob zur Spülung der Gieße nicht ungereinigtes Flusswasser benutzt werden kann.
Senator H. Wape gibt darüber Auskunft.
Der Senatsantrag wird darauf genehmigt.
Der nächste Senatsantrag betrifft die Erweiterung des inneren Wegebezirkes der Vorstadt St. Jürgen.
Thiele kritisiert, daß man einem Geschäftsmanne in der Sandstraße die Anbringung von Reklamchildern erst dann verboten habe, als sie schon erfolgt war. Dadurch ist der Mann um 1000 Mk. geschädigt worden. Redner führt sodann einen Fall aus Schönböden an, wo ein Anwohner für das Zuerufen eines gefährlichen Grabens noch 150 Mk. zahlen sollte.
H. Wape: Mir ist noch immer gestattet worden, die Dornstraße auf meine Kosten auszubessern.
Die Senatsvorlage wird angenommen; ebenso der Senatsantrag betr. Verleihung des Enteignungsrechtes an den Lübeckischen Staat zur Durchführung der Verbreiterung des Fünf-häuser.

Es folgt die Verlesung der Eingabe der Frau Marie Friederich, betr. Ertrag des ihr durch die Straßenverbreiterung an der Untertrave an ihrem dort belegenen Grundstück entstandenen Schadens.
Dühring nimmt den Antrag auf und bittet, denselben zur Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse an den Bürgerausschuß zu verweisen.
Th. Schwarz wünscht eine gründliche Prüfung auch derjenigen Ansprüche, die noch nicht erledigt sind. Der Staat hätte am besten getan, vor der Straßenregulierung den ganzen Block anzukaufen; damit würde er kein schlechtes Geschäft gemacht haben. Redner weist dann auf die schauerhaften Zustände hin, die beim letzten Hochwasser an den tiefergelegenen Wohnungen an der Untertrave entstanden sind.
Senator Dr. Fehling ist damit einverstanden, wenn dem Antrag Dühring entsprochen wird.
Lippert hält es für notwendig, daß ein Gesetz geschaffen wird, nach welchem bei Straßenregulierungen den Anwohnern ein Einspruchsrecht gewährt wird. Er beabsichtigt, ein entsprechendes Ersuchen an den Senat zu richten.
Der Wortführer Dr. Görg bittet, dieses Ersuchen in einer späteren Sitzung einzubringen.
H. Wape tritt dafür ein, daß die durch Straßenregulierungen benachteiligten Einwohner entschädigt werden.
Darauf wird der Antrag Dühring angenommen.
Nunmehr liegt der Bürgerschaft vor die Eingabe des ersten Vorsitzenden des Musikervereins, C. Otto, dahin gehend, daß den Beamten im Dienste des Staates, vor allem den Zollbeamten unterlagt werde, den Zivilberufsmännern durch Ausübung des gewerblichen Spielens Konkurrenz zu machen.
Vom Wortführer wird dazu mitgeteilt, daß die in Frage kommende Behörde versprochen hat, etwaige Mißstände,

„Zu dienen, Fräulein, sehr gut. Ich konnte nicht früher kommen, weil er so lange ausgeblieben ist; drei Stunden habe ich im Walde auf ihn warten müssen.“
„Da hast du wohl noch nicht zu Abend gegessen?“
„Freilich nicht! Fräulein, ich hatte keine Zeit dazu.“
„Ach werde dir gleich zu essen geben. Hat dein Onkel noch Brot?“
„Nicht viel mehr, Fräulein; aber es fehlt ihm besonders an Pulver. Die Kaitanen sind gekommen, und da braucht er nur noch Pulver.“
„Ach werde dir Brot für ihn mitgeben und auch Pulver. Sage ihm, er solle sparsam damit umgehen, denn es ist teuer.“
„Colomba,“ saate Orso auf Französisch, „wer ist es, den du so mit deinen Wohlthaten bedenkst?“
„Ein armer Bandit im Dorfe.“ antwortete die Befragte in derselben Sprache. „Die Kleine hier ist keine Richtige.“
„Mir scheint du könntest deine Gabe besser verwenden. Warum einen Spitzhüben mit Pulver versorgen, der es gebraucht, um Verbrechen zu begehen? Ohne die beklagenswerten Schwäche, welche man hier allgemein gegen Banditen zu haben scheint, würden sie längst von Korsika verschwunden sein.“
„Die Schlechtesten sind es hier zu Lande nicht, die im freien Felde leben.“
„Wenn du willst, gib ihnen Brot; das sollte man niemandem verweigern; aber wie du sie mit Schießbedarf versehen kannst, das begreife ich nicht.“
„Mein Bruder,“ sagte Colomba mit tiefem Ernst, „du bist hier der Herr, und alles, was im Hause ist, ist dein Eigentum; aber ich sage es dir im voraus, daß ich diesem kleinen Mädchen lieber meinen Mezzaro zum Verkaufen geben will, ehe ich einem Banditen das Pulver verweigern würde! Das wäre so gut, als ihn den Gendarmen auszuliefern. Was hat er anderes, sich gegen sie zu schützen, als seine Kugeln?“ (Fortsetzung folgt.)

„Zu dienen, Fräulein, sehr gut. Ich konnte nicht früher kommen, weil er so lange ausgeblieben ist; drei Stunden habe ich im Walde auf ihn warten müssen.“
„Da hast du wohl noch nicht zu Abend gegessen?“
„Freilich nicht! Fräulein, ich hatte keine Zeit dazu.“
„Ach werde dir gleich zu essen geben. Hat dein Onkel noch Brot?“
„Nicht viel mehr, Fräulein; aber es fehlt ihm besonders an Pulver. Die Kaitanen sind gekommen, und da braucht er nur noch Pulver.“
„Ach werde dir Brot für ihn mitgeben und auch Pulver. Sage ihm, er solle sparsam damit umgehen, denn es ist teuer.“
„Colomba,“ saate Orso auf Französisch, „wer ist es, den du so mit deinen Wohlthaten bedenkst?“
„Ein armer Bandit im Dorfe.“ antwortete die Befragte in derselben Sprache. „Die Kleine hier ist keine Richtige.“
„Mir scheint du könntest deine Gabe besser verwenden. Warum einen Spitzhüben mit Pulver versorgen, der es gebraucht, um Verbrechen zu begehen? Ohne die beklagenswerten Schwäche, welche man hier allgemein gegen Banditen zu haben scheint, würden sie längst von Korsika verschwunden sein.“
„Die Schlechtesten sind es hier zu Lande nicht, die im freien Felde leben.“
„Wenn du willst, gib ihnen Brot; das sollte man niemandem verweigern; aber wie du sie mit Schießbedarf versehen kannst, das begreife ich nicht.“
„Mein Bruder,“ sagte Colomba mit tiefem Ernst, „du bist hier der Herr, und alles, was im Hause ist, ist dein Eigentum; aber ich sage es dir im voraus, daß ich diesem kleinen Mädchen lieber meinen Mezzaro zum Verkaufen geben will, ehe ich einem Banditen das Pulver verweigern würde! Das wäre so gut, als ihn den Gendarmen auszuliefern. Was hat er anderes, sich gegen sie zu schützen, als seine Kugeln?“ (Fortsetzung folgt.)

„Zu dienen, Fräulein, sehr gut. Ich konnte nicht früher kommen, weil er so lange ausgeblieben ist; drei Stunden habe ich im Walde auf ihn warten müssen.“
„Da hast du wohl noch nicht zu Abend gegessen?“
„Freilich nicht! Fräulein, ich hatte keine Zeit dazu.“
„Ach werde dir gleich zu essen geben. Hat dein Onkel noch Brot?“
„Nicht viel mehr, Fräulein; aber es fehlt ihm besonders an Pulver. Die Kaitanen sind gekommen, und da braucht er nur noch Pulver.“
„Ach werde dir Brot für ihn mitgeben und auch Pulver. Sage ihm, er solle sparsam damit umgehen, denn es ist teuer.“
„Colomba,“ saate Orso auf Französisch, „wer ist es, den du so mit deinen Wohlthaten bedenkst?“
„Ein armer Bandit im Dorfe.“ antwortete die Befragte in derselben Sprache. „Die Kleine hier ist keine Richtige.“
„Mir scheint du könntest deine Gabe besser verwenden. Warum einen Spitzhüben mit Pulver versorgen, der es gebraucht, um Verbrechen zu begehen? Ohne die beklagenswerten Schwäche, welche man hier allgemein gegen Banditen zu haben scheint, würden sie längst von Korsika verschwunden sein.“
„Die Schlechtesten sind es hier zu Lande nicht, die im freien Felde leben.“
„Wenn du willst, gib ihnen Brot; das sollte man niemandem verweigern; aber wie du sie mit Schießbedarf versehen kannst, das begreife ich nicht.“
„Mein Bruder,“ sagte Colomba mit tiefem Ernst, „du bist hier der Herr, und alles, was im Hause ist, ist dein Eigentum; aber ich sage es dir im voraus, daß ich diesem kleinen Mädchen lieber meinen Mezzaro zum Verkaufen geben will, ehe ich einem Banditen das Pulver verweigern würde! Das wäre so gut, als ihn den Gendarmen auszuliefern. Was hat er anderes, sich gegen sie zu schützen, als seine Kugeln?“ (Fortsetzung folgt.)

„Zu dienen, Fräulein, sehr gut. Ich konnte nicht früher kommen, weil er so lange ausgeblieben ist; drei Stunden habe ich im Walde auf ihn warten müssen.“
„Da hast du wohl noch nicht zu Abend gegessen?“
„Freilich nicht! Fräulein, ich hatte keine Zeit dazu.“
„Ach werde dir gleich zu essen geben. Hat dein Onkel noch Brot?“
„Nicht viel mehr, Fräulein; aber es fehlt ihm besonders an Pulver. Die Kaitanen sind gekommen, und da braucht er nur noch Pulver.“
„Ach werde dir Brot für ihn mitgeben und auch Pulver. Sage ihm, er solle sparsam damit umgehen, denn es ist teuer.“
„Colomba,“ saate Orso auf Französisch, „wer ist es, den du so mit deinen Wohlthaten bedenkst?“
„Ein armer Bandit im Dorfe.“ antwortete die Befragte in derselben Sprache. „Die Kleine hier ist keine Richtige.“
„Mir scheint du könntest deine Gabe besser verwenden. Warum einen Spitzhüben mit Pulver versorgen, der es gebraucht, um Verbrechen zu begehen? Ohne die beklagenswerten Schwäche, welche man hier allgemein gegen Banditen zu haben scheint, würden sie längst von Korsika verschwunden sein.“
„Die Schlechtesten sind es hier zu Lande nicht, die im freien Felde leben.“
„Wenn du willst, gib ihnen Brot; das sollte man niemandem verweigern; aber wie du sie mit Schießbedarf versehen kannst, das begreife ich nicht.“
„Mein Bruder,“ sagte Colomba mit tiefem Ernst, „du bist hier der Herr, und alles, was im Hause ist, ist dein Eigentum; aber ich sage es dir im voraus, daß ich diesem kleinen Mädchen lieber meinen Mezzaro zum Verkaufen geben will, ehe ich einem Banditen das Pulver verweigern würde! Das wäre so gut, als ihn den Gendarmen auszuliefern. Was hat er anderes, sich gegen sie zu schützen, als seine Kugeln?“ (Fortsetzung folgt.)

im Jahre 1815 hatte er sogar in dem von Ghilfuccio befehligten Regimente gestanden. Aber dieser war im Punkte der Disziplin unbenam und machte zuwägen seines Sohnes keine Ausnahme; wie alle anderen jungen Leutnants behandelte er ihn mit großer Strenge. Die Erinnerungen, welche Orso an seinen Vater bewahrte, waren von zweierlei Art. Gedachte er seiner in Pietranera verlebten frühesten Kinderjahre, dann stand das Bild des Vaters vor ihm, wie er den kindlichen Händen des Sohnes seinen Säbel anvertraute; wie er nach der Rückkehr von der Jagd ihn das Gewehr abfeuern ließ; wie er ihm als kleinen Burschen geharrte, zum ersten Male mit am Familientische zu sitzen. Dann wiederum erinnerte er sich des Vaters in der Gestalt des Obersten della Rebbia, der ihn für das geringste Versehen in Arrest schickte und ihn nie anders nannte, als den Leutnant della Rebbia.
„Leutnant della Rebbia,“ hieß es, „Ihr seid nicht auf Eurem Was im Pataillon; drei Tage Arrest.“ — „Eure Leute werden fünf Meier zu weit von der Reserve entfernt: fünf Tage Arrest.“ — „Fünf Minuten nach zwölf seid Ihr noch in der Nähe erschienen: acht Tage Arrest.“ Ein einziges Mal, bei Quatre-Bras, hatte er ihm gesagt: „Sehr gut Orso, aber bleibe vernünftig.“ Die Erinnerungen der letzteren Art fanden in seiner Vorstellung natürlich in keiner Verbindung mit Pietranera. Jetzt aber beim Anblick der trauischen Orte seiner Kindheit, der Gerüche, deren sich die von ihm so zärtlich geliebte Mutter bedient hatte, erwachten in seiner Seele eine Fülle süßer und lächelnder Erinnerungen. Daneben entrollte sich in hundert Jahren ein Bild der Zukunft vor seinem inneren Blick. Die unbestimmte Beforenis, womit ihn das Wesen der Schwester erfüllte; vor allem aber der Gedanke, daß die Welt sein Haus betreten würde, das ihm jetzt so klein so armützig, so wenig geeignet zur Aufnahme für ein an Luxus gewöhntes Wesen erschien; die Geringschätzung, mit der sie es vielleicht betrachten würde, alle diese Gedanken wirkelten chaotisch in seinem Kopfe durcheinander und erfüllten ihn mit einer tiefen Entmutigung.
Mit solchen Empfindungen setzte er sich zum Abendessen nieder, in dem großen Lehnstuhl von geschwärztem Eichenholz, worin sein Vater bei den Mahlzeiten der Familie den Vorsitz geführt hatte. Lächelnd sah er, wie Colomba zögerte, sich zu ihm an den Tisch zu setzen. Abgesehen war er froh, daß sie sich während des Abendessens schweigend verhielt

und gleich nach Beendigung desselben sich auf ihr Zimmer zurückzog. In keiner erregten Stimmung würde es ihm schwer geworden sein, sich der Angriffe zu erwehren, mit denen sie sicherlich auf ihn einstürmen würde. Colomba aber wollte ihm Zeit lassen, bis er sich erst wieder eingewöhnt und gesammelt hätte. Den Kopf auf die Hand gestützt, sah er lange unbeweglich da und ließ die Erlebnisse der letzten vierzehn Tage an seiner Seele vorüberziehen. Mit Schrecken hatte er es bemerkt, mit welcher Spannung hier jeder sein Benehmen der Varricini gegenüber zu erwarten schien. Schon empfand er es, daß für ihn die Meinung in Pietranera die der Welt zu werden begann. Wollte er nicht für einen Feigling gelten, dann mußte er Rache nehmen, das erkannte er. Aber an wem? Er konnte es nicht glauben, daß die Varricini des Nordes schuldig seien. Sie waren allerdings die Feinde seiner Familie, aber nur nach dem auf der Insel herrschenden Vorurteil war es möglich, ihnen einen Mord zuzurufen. Von Zeit zu Zeit, wenn seine Blicke auf die schwarze Felsmauer verweilten, wiederholte er sich leise den Denkspruch: „Das Leben ist ein Kampf.“ Endlich sagte er festen Tones: „Ich werde als Sieger daraus hervorgehen.“ Mit diesen Worten stand er entschlossen auf und griff nach der Lampe, um in sein Zimmer hinauszugehen, als er plötzlich ein Klopfen an der Haustür vernahm. In so vorgerückter Stunde ließ sich unmöglich noch ein Besuch erwarten. Gleich darauf erschien Colomba in Begleitung der Dienerin. „Das hat nichts zu bedeuten,“ sagte sie und eilte an die Tür. Bevor sie öffnete, fragte sie aber, wer klopfte. Eine zarte Stimme antwortete: „ich bin es“; worauf sofort die quer vor die Tür geschobene hölzerne Stange entfernt wurde, und Colomba kehrte mit einem kleinen Mädchen von etwa zehn Jahren in den Speiseaal zurück. Es war barfuß und in Lumpen gekleidet, um den Kopf hatte es ein verischönes Tuch geschlungen, unter dem lange Haarsträhne, so dunkel wie die Schwinge eines Raben, sich losgelöst hatten. Das Kind hatte ein abgemagertes, bleiches Aussehen; seine Haut war von der Sonne verbrannt, aber aus seinen Augen sprühte das Feuer der Intelligenz. Als es Orso erblickte, machte es nach ländlicher Sitte einen tiefen Knix vor ihm; dann sprach es leise mit Colomba und übergab ihr einen frisch geschossenen Fasanen.
„Ich danke dir, Ghili,“ sagte Colomba, „und auch deinem Onkel lasse ich bestens danken. Es geht ihm doch gut?“

„Zu dienen, Fräulein, sehr gut. Ich konnte nicht früher kommen, weil er so lange ausgeblieben ist; drei Stunden habe ich im Walde auf ihn warten müssen.“
„Da hast du wohl noch nicht zu Abend gegessen?“
„Freilich nicht! Fräulein, ich hatte keine Zeit dazu.“
„Ach werde dir gleich zu essen geben. Hat dein Onkel noch Brot?“
„Nicht viel mehr, Fräulein; aber es fehlt ihm besonders an Pulver. Die Kaitanen sind gekommen, und da braucht er nur noch Pulver.“
„Ach werde dir Brot für ihn mitgeben und auch Pulver. Sage ihm, er solle sparsam damit umgehen, denn es ist teuer.“
„Colomba,“ saate Orso auf Französisch, „wer ist es, den du so mit deinen Wohlthaten bedenkst?“
„Ein armer Bandit im Dorfe.“ antwortete die Befragte in derselben Sprache. „Die Kleine hier ist keine Richtige.“
„Mir scheint du könntest deine Gabe besser verwenden. Warum einen Spitzhüben mit Pulver versorgen, der es gebraucht, um Verbrechen zu begehen? Ohne die beklagenswerten Schwäche, welche man hier allgemein gegen Banditen zu haben scheint, würden sie längst von Korsika verschwunden sein.“
„Die Schlechtesten sind es hier zu Lande nicht, die im freien Felde leben.“
„Wenn du willst, gib ihnen Brot; das sollte man niemandem verweigern; aber wie du sie mit Schießbedarf versehen kannst, das begreife ich nicht.“
„Mein Bruder,“ sagte Colomba mit tiefem Ernst, „du bist hier der Herr, und alles, was im Hause ist, ist dein Eigentum; aber ich sage es dir im voraus, daß ich diesem kleinen Mädchen lieber meinen Mezzaro zum Verkaufen geben will, ehe ich einem Banditen das Pulver verweigern würde! Das wäre so gut, als ihn den Gendarmen auszuliefern. Was hat er anderes, sich gegen sie zu schützen, als seine Kugeln?“ (Fortsetzung folgt.)

*) Alla campagna (im Felde sein) heißt so viel, als Bandit sein. Bandit ist keinesfalls eine geschäftige Bezeichnung; sie wird im Sinne der Verbannung aufgefaßt und bedeutet so viel, als das „out law“ (Geächtete) der englischen Balladen.

des Staatsanwaltes und des Verteidigers, die im Prozeß Hau tätig gewesen sind, geschrieben wurden. In diesen Artikeln hat Rechtsanwalt Mollitor den Vorwurf gefunden, daß sie nicht ganz unerbötlich sei, den Mord selbst begangen und mit Hau intim verkehrt zu haben, ferner daß sie mit ihrer Mutter schlecht gestanden und im Verkehr mit ihr sich Täthlichkeiten habe zuschulden kommen lassen. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis, der Vertreter der Nebenklägerin, Dr. Pannewitz-München 1/2 Jahre Gefängnis, wozu der Verteidiger Dr. Friedmann Freisprechung beantragte, weil der Angeklagte nachgewiesen habe, daß er keine Kenntnis von den Verbrechen gehabt habe, weil er

zu jener Zeit krank gewesen sei. Dem Antrage des Staatsanwaltes gemäß wurde der Angeklagte zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Berlin, 18. März. Nach einem Streit mit der Schwiegermutter sprang die Frau des Hausdieners Veier mit ihrem einjährigen Söhnchen aus dem dritten Stock ihrer Wohnung in der Eisäckerstraße in den Hof hinab. Mutter und Kind starben nach wenigen Minuten.

Thorn, 18. März. In dem Vorort Mocker feuerte ein 21jähriger Knecht auf offener Straße auf seine frühere Geliebte, eine 80jährige Witwe, mehrere Schüsse ab und verletzte sie am Arm. Der Täter, den die Menge lynchen

wollte, wurde verhaftet. Das Motiv der Tat ist verschmähte Liebe.

Quittung.

Für den Pressfonds gingen ein:
 Überschuss von einem Kommerz durch J. W.
 und Mo. 10,51 Mk.
 Von B. durch K. 3.—
 Friedr. Meyer u. Co.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
 Verleger: J. H. Schwark. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
 Sämtlich in Lübeck

**Verband der Fabrik-, Land-, Hülse-
 arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands**
 (Zahlstelle Lübeck.)

Nachruf.

Am 15. März starb unser Mitglieb, der
 Kollege

Heinr. Scharfenberg.

Ohne seinen Andern!

Die Beerdigung findet Donnerstag, den
 19. März, morgens 9 Uhr, vom Sterbehause,
 Elwigstraße 42, aus statt.

Abmarsch der Kollegen zur Teilnahme an
 der Beerdigung morgens 8 1/4 Uhr vom Ver-
 einshaus, Johannisstraße 50-52.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Für die bei der Beerdigung meiner lieben
 Frau, Mutter und Großmutter

Dora Kleve, geb. Karow,

bewiesene Teilnahme und Kranzpende sagen
 allen unsren innigsten Dank.

Chr. Kleve u. Angehörige.

Ein freundl. Logis

für einen jungen Mann. Näheres
 Langer Vohberg 27. I.

Ein Zimmer mit Schlafkabine für junge
 Herren oder Damen, passend für 2 Personen,
 zu vermieten Kl. Burgstraße 29.

Eine kl. Wohnung zu verm.

Dr. Klein 7. I.

Gewicht zum 1. Juli eine Zweifamilien-
 wohnung, Holtenor-Süd oder Stadt bevor-
 zugt. Mna. mit Preisang. u. DSt a. d. Exp.

Zu mieten gesucht zum 1. Juli eine Gang-
 hunde oder kleine Wohnung für alleinstehende
 Frau Engelswisch 11. vt.

Für unsere Verkaufsstelle in Eutin zum
 baldigen Antritt eine

Verkäuferin

oder ein junges Mädchen, welches Lust hat,
 sich als Verkäuferin auszubilden, gesucht.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

G. G. u. b. S.

Gefucht zum 1. Mai

ein junges sauberes Mädchen

Frau E. Paasch, Johannisstraße 48.

Gefucht zum 1. Mai

junger zuverlässiger Knecht.

Näheres Engelswisch 33. I.

In der Nähe Lübecks Haus mit Krämerci
 oder wo sich solche einrichten läßt, zu kaufen
 gesucht. Mna. mit Preisang. u. H 25 a. Exp.

Zu kaufen gesucht Runkelrüben

Utesch, Grndstraße 10.

Eine fast neue Seegrasmatratze u. mehrere
 Weinfaschen billig zu verkaufen

Wallenhorstraße 27 a. vart.

Zu verkaufen ein Kinderwagen, Preis
 6 Mk. Hundstraße 71. I.

Zweifüssigen Sportwagen

billig zu verkaufen Leichstraße 8 a.

Guterh. zweifüss. Sportwagen

zu verkaufen Kohlhörstraße 42 b. Mühlhor.

Ein gut erhaltenes Fahrrad

Bestand Rücktrittbremse, Brennabor, zu ver-
 kaufen Zinkenhausen 12.

Kinderwagen billig zu verk.

Wallenhorstraße 23. II.

Ein zweifüssiger Sportwagen zu verk.

Große Grndstraße 57. I.

Zu verk. 2 Paar fast neue Damen-Stiefel,
 Gr. 39, pass. für Konten. Jicakstr. 116.

Zu verk. ein schw. Minorka-Zuchtbahn

Friedenstraße 33.

Sportwagen, seiden. Ballkleid u. andere
 Damenbedarfsstücke sehr billig zu verkaufen

Elwigstraße 11 c. varierte.

Die Wörter, die ich von Herrn Resenhöft
 gesprochen habe, nehme ich hiermit zurück.

J. Rönnpag.

Wohne jetzt

Engelswisch 28/16.

Karl Nielsch jun., Korbmacher.

Deutscher Schäferhund

Häde Rudolf von Beyerland S.-Z. 3691
 Wofffarbe, 65 cm hoch, 27 cm Kopflänge,
 la. in allen Zeilen, vielfach prämiert. 1907
 in Hamburg I. Preis und 2 Ehrenpreise
 sowie silberne Veritas-Medaille nicht für
 Raschhühner zum Decken frei. Festgeld
 25 Mark.

E. Ketelhohn, Lübeck, Adlerstr. 38.

Beerdigungs-Institut Gebr. Müler

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebnahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.
 Einkleidungen jeder Art. * * * * * Billigste Preise.

Allerfeinste Tafelbutter

hergestellt aus pasteurisierter dänischer Sahne
 nur eigenes Fabrikat

pro Pfund 1.35 Mk.,

Zweite Sorte Meiereibutter

pro Pfund 1.30 Mk.

Zentral-Molkerei Rostock

Zentralen: Breitestraße 11,
 Moislinger Allee 2.

Achtung!

Zentralverband der Maurer!

Mitglieder - Versammlung

am Mittwoch, den 18. März 1908

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.

Tages-Ordnung:

1. Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband.
2. Beratung eines Lohntarifes für das Jahr 1908.
3. Die Sperre, betreffend der Affordarbeit.
4. Kartellbericht.
5. Innere Verbandsangelegenheiten.

Alle Kollegen müssen erscheinen, es gilt Eure heiligsten Rechte zu wahren.

Der Vorstand.

Tonhalle

Schmiedestraße 20. Schmiedestraße 20.

Wir haben uns diese Woche selbst übertroffen.

Noch schöner wie vorige Woche:

**Die Rache der Zigeunerin.
 Die Frau als Lotteriegewinn.**

Was Pathe Paris fertig hat, kriegen wir.

H. Horenburg, Paulstr. 16, Burgt.

Sargmagazin

nebst Einkleidung.

Haar-

schneidemaschinen mit 2 Schnittlängen

3 Mark, sowie Schleifen derselben.

Oldorf, St. Petri 7

Fernsprecher 1251.

Heinr. Schultz

Uhrmacher u. Goldarbeiter

ob. Johannisstr. 20

Uhren + Ketten

Gold- u. Silberwaren

Gold- u. Silberringe

Rathenower Brillen.

Eigene Werkstatt.

Verkauft und Reparatur unter Garantie.

**Atelier für Zahntechnik
 und Zahnpflege.**

H. Schreiber, Breitest. 24

Abreisenden

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegen-
 stände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im
 Lagerhaus u. Expeditionsgeh. Fischergr. 52.

Pfandhaus

A. Frankenthal

Lederstraße 1, I.

Scherm's

Reisehandbuch

für wandernde Arbeiter.

Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte

Preis 1,50 Mk.

Verhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Achtung! Vorzug!

**Schmücke
 Dein Heim!**

mit geschmackvollen neuen Gardinen von

Markmann & Meyer

Breitestraße 44.

Ga. 4000 Meter Gardinen-Auswahl.

Engl. Tüll-Gardinen, creme u. weiß 38

anfang. 25 Bsp. per Meter, 55, 45,

Engl. Tüll-Gardinen, haltbare Qual.,

neueste Streifen u. feine Darmstädter 65

Muster, 165, 145, 120, 90, 78,

Engl. Tüll-Storen, creme, Stoff 2,25 an.

Zug-Rouleaux, creme u. weiß, v. 2,45 an.

Vorzug! Unsere sämtlichen Gardinen
 sind mit Kreuzlich-Bandeneinfassung ver-
 arbeitet.

Achtung!

Bauschlosser!

Heute Dienstag abd. 8 1/2 Uhr:

Verammlung

bei Eggert, Stavenstraße 33.

Tages-Ordnung:

1. Berichtserstattung über die Verhandlung
 mit der Innung betreffend unsere Lohn-
 bewegung.

Der Gesellenausschuß.

Achtung Bauarbeiter!

Bau-Delegierten-Sitzung

am Mittwoch, den 18. März 1908,

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52,
 Der Vorstand.

Tapezierer!

Mittwoch, den 18. März 1908

abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche

Verammlung

Tages-Ordnung:

Resultat der Verhandlungen mit der
 Innung.
 Kollegen! Die Entscheidung muß fallen!
 Darum fehle keiner in der Versammlung!
 Die Ortsverwaltung.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 18. März,

abends 8 Uhr,

**im Kolosseum:
 22. volkstüml. Konzert**

(Orchester: 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.
 Solisten: die Herren Humboldt (Oboe) und
 Franz Moser (Fafte).

Zur Aufführung kommen u. a.:
 Phantasie aus „Carmen“ G. Bizet.
 Ouverture zu „Der fliegende Holländer“
 R. Wagner.

Ouverture zu „Der Calli von Bagdad“
 Boieldieu.
 Morgenblätter, Walzer von J. Strauß.
 Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Hansa-Theater.

Mittwoch, 18. März, 8 Uhr.

Durchschlagender Lacherfolg!

Zum 9. Male.

Panne.

Schwank in 3 Akten von Stowronnet.
 Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.
 Freitag, den 20. März: Lehtes Gastspiel.
 Unsere Käthe.

Stadt-Theater.

(Broschurium)

Direktion: L. Piorkowski.

Mittwoch: Keine Vorstellung.

Donnerstag, den 19. März, 8 Uhr.

Panne.

Freitag: Boccaccio.
 Sonnabend: Hüttenbesitzer.